



Kindergärten

**Personalnot -
nicht Personal-
mangel**



MA 35 – Wir fordern:

**Gewalt- und
angstfreies
Arbeiten!**

FSG

teamwork

Das Mitglieder-Magazin der Hauptgruppe 1

3/2023



**„Schrittweise
Arbeitszeit-
verkürzungen
sind unser Ziel!“**

**ÖGB-Präsident
Wolfgang Katzian**

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1.

AKTION SCHULSTARTGELD

1. bzw. 5. Schulstufe



Nähere Infos unter



SCAN ME

www.hgl.at

younion
Die Daseinsgewerkschaft

Hauptgruppe 1

HG 1-Service & rasche Info

Dienstrecht

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Kurt Mrzena-Merdinger

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Pensionsrecht

Günter Unger

guenter.unger@wien.gv.at

Margit Pollak

margit.pollak@wien.gv.at

Frauen & Diversität

Regina Müller

regina.mueller@wien.gv.at

Kollektivverträge & Soziale Arbeit

Elisabeth Jarolim

elisabeth.jarolim@wien.gv.at

Organisation & Veranstaltungen

Michael Witzmann

michael.witzmann@wien.gv.at

Mitgliederanfragen & -betreuung

Nikolaus Borbely

nikolaus.borbely@wien.gv.at

Michael Lewisch

michael.lewisch@wien.gv.at

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte unserer Homepage www.hg1.at



Liebe Leserin, Lieber Leser,



BILD: © RENE DEL MISSIER/AGC

Karin Zauner-Lohmeyer

Chefredakteurin
teamwork

steigende Kosten für Lebensmittel, Miete, Strom, Heizen, Internet, Mobiltelefon: Viele Familien wissen nicht mehr, wie sie über die Runden kommen sollen. Der Stress führt zu psychischen und zu physischen Belastungen, Details dazu berichtet Felix Steiner auf Seite 27. Immer mehr Menschen schlittern in die Armut. Dabei sind vor allem die Profite der Unternehmen die großen Preistreiber. Und was macht diese Bundesregierung? Sie sieht zu, wartet ab und „ignoriert die Vorschläge der Gewerkschaft“. Das berichtet ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian im teamwork-Interview auf den Seiten 6 und 7. Er erklärt dort auch, warum die Gewerkschaften in Österreich schrittweise Arbeitszeitverkürzungen einfordern.

Kürzer arbeiten missfällt der WKO und der ÖVP. Letztere betreibt weiterhin pure Klientelpolitik für Gutverdienende, Eigentümer*innen, Großgrundbesitzer*innen und Konzerne. Bis heute gibt es kein Klimaschutzgesetz, keine wirkungsvollen Maßnahmen gegen die Inflation. Darüber ärgert sich auch unser Querraunzer Wendelin auf Seite 11. Er sieht darin eine klare Arbeitsverweigerung – mit dramatischen Folgen für uns alle.

Dramatisch ist auch der krisenbedingte Zuspruch für Rechtspopulismus. HG 1-Vorsitzender Manfred Obermüller thematisiert in seinem Leitartikel die Verrohung der Sprache der ÖVP und FPÖ auf Seite 5. Das gesellschaftliche Klima in Österreich wird immer rauer. Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass immer mehr Kolleg*innen im Magistrat Ziele von Attacken werden, zum Beispiel bei der Wiener Berufsertung (mehr dazu auf Seite 14) oder in der MA 35 (Seiten 15 bis 16). Manfred Obermüller fordert rasch wirksame Maßnahmen für die Kolleg*innen in der MA 35 – und zwar Interventionen, die respektvolles, gewalt- und angstfreies Arbeiten sicherstellen. Er fordert auch bei medialen Angriffen den Rückhalt von Seiten der Politik und der Dienstgeberin ein.

Ich wünsche eine spannende Lektüre!

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz **Impressum Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:** FSG in der unionion _ Die Daseinsgewerkschaft - Landesgruppe Wien - Hauptgruppe 1, 1030 Wien, Modecenterstraße 14, Block C, 5. Stock Tel.: 01-4000 83710, DVR.Nr. 0046655, ZVR.Nr. 576 43 93 52 **Vorsitzender:** Manfred Obermüller **StV.:** Margit Pollak, Günter Unger **Redaktionskomitee:** Stephanie Grguric, Peter Müller, Regina Müller, Manfred Obermüller, Beate Orou, Gerhard Pledl, Margit Pollak, Angelika Schleinzer, Felix Steiner, Günter Unger, Andreas Walter, Michael Witzmann **Chefredaktion:** Karin Zauner-Lohmeyer **Layout:** esberger | strategie & kommunikation **Erscheinungsort:** Wien **Erscheinungsart:** mindestens vier Mal jährlich

Hersteller: Druckerei Jentzsch, 1210 Wien

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

Jede Vervielfältigung von Texten und/oder Fotos bzw. Illustrationen ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Coverfotos: Petra Spiola, Herbert Pfarrhofer/APA Picturedesk, shutterstock/PeopleImages.com - Yuri A

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, Druckerei Hans Jentzsch & Co GmbH, UW-Nr. 790



Österreichischer Gewerkschafter neuer EWSA-Präsident

Oliver Röpke, der frühere Leiter des ÖGB-Europabüros, wurde im Frühjahr zum Präsidenten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) gewählt.



BILD: © EU

Stärkung der Demokratie und Förderung der Transparenz stehen für Oliver Röpke ganz oben auf der Agenda

der Förderung der Transparenz. Das neue Arbeitsprogramm rückt die Europawahlen 2024 in den Fokus, darüber hinaus die Einbeziehung der Bürger*innen durch Projekte wie Bürgerforen, aber auch die Schaffung eines Jugend-Beratungsgremiums. In Sachen Transparenz sind die Teilnahme am EU-Transparenzregister sowie die Unterstützung des Ethikgremiums der EU Teil der Zielsetzung. Röpke will auch, dass der EWSA als „Ideegeber“ für langfristige Herausforderungen fungiert. Als positives Beispiel nennt er den „EU Blue Deal“, mit dem der EWSA eine europäische Fokussierung auf das Thema Wasser fordert. Im Rahmen des „EU Blue Deal“ wird eine europäische Wasserstrategie unter den Aspekten eines universellen und leistbaren Zugangs zu qualitativ hochwertigen Wasserdienstleistungen vorangetrieben.

EWSA demokratischer machen

Mit Oliver Röpke hat der EWSA nicht nur einen sehr erfahrenen und engagierten Gewerkschafter, sondern auch einen verlässlichen Partner in der Frage eines sozialen und gerechten Wandels. Ich freue mich darauf, in meiner Rolle als Vize-Präsident der Arbeitnehmer*innen, gemeinsam mit dem Präsidenten das vorgestellte Programm umzusetzen, um den EWSA noch demokratischer, noch transparenter und seine Stimme noch gewichtiger zu machen.

thomas.kattnig@younion.at



BILD: © ROBERT RUBA

Thomas Kattnig
Mitglied des Bundespräsidiums der younion, Bereichsleiter EU und Internationales der younion _ Die Daseinsgewerkschaft, Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, kurz EWSA, hat die Aufgabe, die Perspektiven der Bürger*innen in die EU-Politik einzubringen – er ist ein beratendes Organ und repräsentiert die europäische Zivilgesellschaft auf EU-Ebene. Der neu gewählte Präsident Oliver Röpke will sich vermehrt auf die Stärkung der Demokratie, der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit konzentrieren. In seinem Grundsatprogramm nennt Röpke dafür mehrere Säulen: Zum einen soll der EWSA seinen Einsatz für die Demokratie in der EU sowie in den Drittstaaten verbessern, zum anderen die eigene Repräsentativität stärken, um die Wirkung

und Sichtbarkeit der eigenen Arbeit zu verbessern. Der EWSA soll als Forum den Dialog festigen und entscheidend zur Gestaltung der EU-Politik beitragen, um das Vertrauen der Bürger*innen in die EU zu stärken. „Der Handlungsraum der Zivilgesellschaft wird vielerorts kleiner. Wir müssen laut sein, wir müssen kritisieren, was falsch läuft“, so Röpke.

Soziale Themen vorantreiben

Röpke will eine soziale EU, die die Klimakrise ausreichend berücksichtigt und eine Wettbewerbsfähigkeit schafft, die niemanden zurücklässt und eine Chance für alle bietet. Weitere wichtige Initiativen sieht er in der Stärkung der Demokratie sowie

ÖVP und FPÖ: Ausgrenzung und Abwertung durch Sprache

Kein Platz für Hetze in Österreich!

Ein Sommer der Extreme liegt hinter uns. Extrem aufgrund des Wetters, extrem auch hinsichtlich des politischen Diskurses in Österreich rund um das Thema Klimaschutz. Fakt ist: Der Druck der Zivilgesellschaft auf die Bundesregierung steigt. Denn bis heute gibt es kein Klimaschutzgesetz! Und Österreich ist drauf und dran, das Klimaziel der EU mit Karacho zu verfehlen, was uns alle bis 2030 bis zu 9,2 Milliarden Euro an Kompensationszahlungen kosten könnte, warnt der Rechnungshof.



Manfred Obermüller
Vorsitzender
Hauptgruppe 1

BILD © PHILIPP SCHUSTER/HGT

Paris werden gezeigt. Von „Kulturverlust“, „Sprachverboten“, „Regenbogenterror“ oder „Bevölkerungsaustausch“ ist die Rede. Dagegen sollen Sequenzen mit Volkstänzen und Soldaten Harmonie verströmen.

Ziel ist, bestimmte Gruppen in der Gesellschaft abzuwerten, gegen Institutionen zu hetzen und von einer Welt zu träumen, in der für das „eigene Volk“ alles besser wird. Was sagt die ÖVP dazu, die auch den Kanzler stellt? Nichts! Sie schweigt und geht mit der FPÖ auch noch

Den Unmut über die Untätigkeit dieser Regierung teile ich mit den Klimaaktivist*innen. Klebeaktionen halte ich allerdings für wenig zielführend, weil sie Menschen verärgern, die sich dann dem Thema verschließen. Begriffe wie „Klimaterroristen“ (Christian Hafenecker, FPÖ) oder „Klimachaoten“ (Johanna Mikl-Leitner, ÖVP) sind jedoch völlig inakzeptabel, weil sie den gesellschaftlichen Konflikt anheizen. FPÖ und ÖVP fordern die Anwendung des Strafrechts gegen Demonstrierende. Damit wird das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit mit Füßen getreten.

Mehr und mehr scheint Niederösterreichs Landeshauptfrau sich am sprachlichen Niveau ihres Stellvertreters Udo Landbauer (FPÖ) zu orientieren, der keinerlei Berührungängste mit Begriffen hat, die sich an Nazi-Vokabular anlehnen. Paradebeispiel dafür ist das Ende August veröffentlichte Video der FPÖ-Jugend. Für demokratisch denkende Menschen eine reine Provokation! Landbauer kommt darin vor, Kickl lobt. Gezeigt werden vor allem junge Männer im Wald, mit Fackeln, bei Kursen und Demonstrationen. Von „multikultureller Dystopie“ wird da gesprochen, Bilder von Ausschreitungen und auch die brennende Kathedrale Notre Dame in

Koalitionen ein. Wie zum Beispiel in Niederösterreich. In so einem Umfeld ist es wenig verwunderlich, wenn ein niederösterreichischer ÖAAB-Funktionär einer Pensionistin mit „Vergasung“ droht. Die Verrohung der Sprache zeigt, dass ÖVP und FPÖ mit Sachthemen wie Klimaschutz und Zuwanderung völlig überfordert sind. Das gesellschaftliche Klima in Österreich wird dadurch rauer, die Stimmung aufgeheizter.

Auch immer mehr Kolleg*innen im Magistrat werden Ziel von Attacken – meist verbale Angriffe, aber auch Handgreiflichkeiten. Als Gewerkschaft schauen wir hin und halten dagegen. Mischen wir uns ein, schieben wir dieser sprachlichen Verrohung einen Riegel vor. Hetze darf in Österreich keinen Platz haben!

manfred.obermueller@wien.gv.at

**„Immer mehr Kolleg*innen im
Magistrat werden Ziel von Attacken.“**

„Schrittweise Arbeitszeitverkürzungen sind unser Ziel!“

Was gegen die Teuerung getan werden muss und warum der ÖGB schrittweise Arbeitszeitverkürzungen fordert, erklärt ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian im teamwork-Interview.

Zauner-Lohmeyer: Österreich steckt seit Monaten in einer Teuerungskrise. Welche Maßnahmen bräuchte es dringend, um die Inflation zu senken?

Katzian: Inflationsdämpfende Maßnahmen, wie der ÖGB sie seit mehr als einem Jahr fordert: einen Mietpreis-Stopp statt Mietpreisdeckelchen, die nur für Schlagzeilen taugen, günstigere Energiekosten und eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Güter des täglichen Bedarfs. Es braucht endlich Preiseingriffe. Andere Länder in Europa machen es vor, Österreich ist fast Inflationsspitzenreiter in Westeuropa.

Warum setzt die Regierung die Vorschläge der Gewerkschaft nicht um? Mangelt es an Geld?

Diese Frage ist an die Regierung zu richten. Wir haben jedenfalls alle unsere von Expert*innen penibel ausgearbeiteten Forderungen, die rasch umgesetzt werden könnten, übermittelt. Und das werden wir auch weiter tun, der Handlungsbedarf wird immer größer.

Finanzminister Magnus Brunner mahnte die Gewerkschaften zur Zurückhaltung bei den Lohn- und Gehaltsforderungen. Heizen gute Kollektivvertragsabschlüsse die Inflation an?



Diese Forderung ist, abgesehen davon, dass die Sozialpartner keine Zurufe brauchen, ein absolutes No-Go. Man kann es offenbar nicht oft genug wiederholen: Es gibt keine Lohn-Preis-Spirale. Wenn Löhne langsamer steigen als Preise, verlieren Arbeitnehmer*innen ihre Kaufkraft. Um das zu verhindern, kämpfen Gewerkschaften für faire Lohnabschlüsse – gerade heuer ist das enorm wichtig.

Warum ist Arbeitszeitverkürzung ein wichtiges Thema für die Gewerkschaften?

Weil sie eine Frage der Gerechtigkeit und darüber hinaus überall, wo es sie schon gibt, ein Win-win-Modell ist. Motivierte Arbeitnehmer*innen, weniger Krankenstände, also auch volkswirtschaftlicher Nutzen, zufriedene Chefinnen und Chefs.

Laut Wirtschaftskammer-Präsident würden bei Einführung einer 32-Stunden-Woche 2040

zusätzlich rund 230.000 Arbeitskräfte fehlen. Was sagst du dazu?

Ich kenne die Studie nicht, kann die Zahl nicht nachvollziehen. Der ÖGB fordert auch nicht generell und sofort 32 Stunden. Schrittweise Arbeitszeitverkürzungen sind unser Ziel – bei vollem Lohnausgleich, angepasst an Bedürfnisse und Möglichkeiten der Branchen, wo sie auch von den Sozialpartnern vereinbart werden sollen. Die Arbeitgeber*innen wären außerdem besser beraten, sich darüber Gedanken zu machen, wie sie Jobs attraktiver machen können, das impliziert kürzere Arbeitszeiten. Dann müssten sie auch nicht ständig über den Fachkräftemangel jammern. Der Druck auf Arbeitnehmer*innen steigt, Arbeitszeitverkürzung bleibt eine wichtige Zielsetzung.

Die Republik Österreich verfehlt die von der EU vorgegebenen Klimaziele 2030 aktuell ganz klar. Bis heute gibt es kein Klimaschutzgesetz. Der Rechnungshof warnt vor Kosten in der Höhe von bis zu 9 Milliarden für Kompensationszahlungen. Wie bewertest du diese Situation?

Aus meiner Sicht müssen wir unabhängig von potenziellen Zahlungen versuchen, die Chancen, die ein grüner Strukturwandel bieten kann, zu nutzen. Das kann nur funktionieren, wenn der Weg zur Klimaneutralität sozial gerecht ist und niemanden zurücklässt. Das verstehen wir unter ‚just transition‘, also einem gerechten Übergang.

„Wir fordern einen Mietpreis-Stopp statt Mietpreisdeckelchen, die nur für Schlagzeilen taugen!“



BILDER: © HERBERT PFARRHOFFER / APA / PICTUREDESK.COM

Für ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian muss die Frage der sozialen Gerechtigkeit das Fundament sein, auf dem ambitionierte Klimapolitik aufbauen kann

Die Umstellung auf eine klimaneutrale und umweltverträgliche Wirtschaftsweise erfordert eine Unzahl von Änderungen. Welche Themen sind deines Erachtens die größten Herausforderungen für Gewerkschaften insgesamt und den ÖGB insbesondere?

Auf den ÖGB und auf die Gewerkschaften kommt neben den ganz klassischen Herausforderungen, die so ein Strukturwandel mit sich bringt, vor allem Erklärbedarf zu. Wir müssen versuchen klarzumachen, dass Fragen der sozialen Gerechtigkeit nicht ein Element von vielen anderen in der Klimapolitik sind, sondern vielmehr das Fundament, auf dem ambitionierte Klimapolitik erst aufbauen kann. Das heißt, dass diese Dimension bei allen klimapolitischen Maßnahmen immer mitbedacht werden muss, um flankierende Maßnahmen

vorzusehen, die potenziell negative Auswirkungen bekämpfen.

Du bist seit Mai 2023 auch Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbunds. Was möchtest du in dieser Rolle erreichen?

Ein gutes Leben für alle Arbeitnehmer*innen in Europa. Damit meine ich: Soziale Standards und Löhne verbessern. Wirksame Maßnahmen, um die Inflation zu bremsen und die Lebenskosten zu senken. Ein stärkeres Mitspracherecht für Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften, vor allem auch, um die großen Transformationsprozesse Klimawandel und Digitalisierung so zu gestalten, dass Arbeitnehmer*innen nicht auf der Strecke bleiben. Und der EGB wird sich für die Rechte jener Menschen einsetzen, die unter den Auswirkungen von Krieg, Aggression, Menschenrechtsverlet-

zungen und Klimawandel leiden. Wir werden unsere Kampagne gegen Rechtsextremismus und andere antidemokratische Strömungen intensivieren.

Was können sich andere Staaten von Österreich abschauen?

Das Erfolgsmodell der Sozialpartnerschaft, um das wir beneidet werden. Und unsere Kollektivvertragsdichte. Die Arbeitsverhältnisse von nahezu 100 Prozent aller Beschäftigten sind dadurch abgesichert – damit sind wir KV-Weltmeister.

chefredakteurin@fsg-hg1.at

„Österreich wird um das Erfolgsmodell der Sozialpartnerschaft beneidet.“

„Verantwortung in der Politik heißt

Warum wir in Österreich dringend ein neues Mietrecht brauchen und wie die Stadt erklärt Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál im teamwork-Gespräch.

Zauner-Lohmeyer: Immer mehr Menschen können sich ihre Miete nicht mehr leisten. Wie unterstützt die Stadt die betroffenen Menschen?

Gaál: Die Stadt Wien arbeitet ständig daran, das Netz der sozialen Absicherung noch dichter zu machen und an die Erfordernisse der Zeit anzupassen. Durch ein Bündel an Unterstützungsmaßnahmen! Von der kürzlich auf 151 Millionen Euro aufgestockten Wohnbeihilfe bei gleichzeitiger Erweiterung des Bezieher*innenkreises über die Mietbeihilfe bis hin zur Wohnungssicherungsstelle unterstützt die Stadt Wien strukturell und nachhaltig. Aber auch durch gezielte Zahlungen wie den Wohnbonus und den Energiebonus wird allen Wienerinnen und Wienern geholfen, die Unterstützung brauchen. Und mit der Wohnungssicherung Plus werden die Mittel zum Schutz vor Wohnungsverlust deutlich angehoben. Als Stadt Wien tragen wir Verantwortung für die soziale Absicherung aller Wienerinnen und Wiener. Verantwortung in der Politik heißt hinschauen und handeln!

Obermüller: Wien kann Krise. Wir haben gezeigt, dass wir uns in der Verwaltung rasch an geänderte Rahmenbedingungen anpassen können. Das geht nur aufgrund der guten und konstruktiven Sozialpartnerschaft. Nur im Dialog zwischen Arbeitgeberin und Arbeitnehmer*innen kann es gelingen, Strukturen für neue Förderungen, Hilfgelder etc. rasch auf den Weg zu bringen.

„Dieser Mietendeckel ist ein Minimalkompromiss.“



Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál im Gespräch mit Chefredakteurin Karin Zauner-Lohmeyer und HG1-Vorsitzendem Manfred Obermüller

Der Bund hat einen Mietendeckel angekündigt. Wie bewertet ihr diesen?

Gaál: Dieser Mietendeckel ist ein Minimalkompromiss mit einem eingeschränkten Geltungsbereich. Der private Mietsektor (425.000 Haushalte), mit den höchsten Mieten, ist davon nicht umfasst. Das ist keine nachhaltige Lösung.

Obermüller: Aus Sicht der Gewerkschaft ist das ein schlechter Scherz. Solange die Inflation dermaßen hoch ist, darf es gar keine Erhöhungen geben. Was wir also brauchen, ist einen sofortigen Mietenstopp. Die hohe Inflation kann man nicht

in den Griff bekommen, wenn man so gut wie nichts gegen die großen Inflationstreiber unternimmt.

Was unterscheidet den Wiener Gemeindebau von anderen Wohnformen, wenn es um Wohnungssicherung geht?

Gaál: Wiener Wohnen besitzt als einzige Hausverwaltung Österreichs ein Case Management: Ein Team von Sozialarbeiter*innen, das dabei hilft, die Wohnung zu sichern und die persönliche Situation der Menschen zu verbessern. Die Sozialarbeiter*innen des Case Management suchen akut vom Wohnungsverlust betroffene Mie-

hinschauen und handeln!“

jenen hilft, die ihre Miete nicht mehr bezahlen können,



ter*innen auf und vermitteln aktiv die Unterstützungsangebote der Stadt Wien. Mieter*innen mit akuten Zahlungsschwierigkeiten oder Mietzinsrückständen haben eine höhere Chance, die Wohnung zu behalten, wenn sie mit den Sozialarbeiter*innen von Wiener Wohnen zusammenarbeiten. So konnten über 500 Wohnungen gesichert und die Bewohner*innen vor Delogierung bewahrt werden. Wiener Wohnen bietet auch unterschiedliche Möglichkeiten zur Beratung an – z. B. soziale Beratung im Servicecenter von Wiener Wohnen nach vorheriger Terminvereinbarung.



BILDER © MICHAELA BRUCKBERGER/NGT

Obermüller: Es ist wichtig, die Menschen möglichst im Gemeindebau zu behalten. Der Gemeindebau ist ein Garant für die Teilhabe an der Gesellschaft und deshalb eine wichtige Institution für den sozialen Zusammenhalt.

Warum brauchen wir in Österreich aus eurer Sicht ein neues, universelles Mietrecht?

Gaál: Das gültige Mietrecht ist längst nicht mehr zeitgemäß, eine Anpassung an Lebens- und Marktrealitäten dringend notwendig. Daher fordern wir als Stadt ein Mietrecht für alle Wohnbereiche unabhängig vom Jahr der Errichtung. Es braucht klare Obergrenzen und Geldstrafen bei deren Verletzung. Dazu die Abschaffung der Lagezuschläge und – ganz wichtig – die Einschränkung von Befristungen.

Obermüller: Die ÖVP betreibt als Partei der Eigentümer und Immobilienkonzerne beim Thema Mietrecht pure Klientelpolitik und blockiert seit Jahren ein Mietrecht, das alle Mietverhältnisse regelt. Wohnen ist ein Menschen-

recht; es muss den Kräften des Marktes entzogen werden! Daher sollte der Mietanstieg auf zwei Prozent pro Jahr begrenzt werden.

Was braucht es vom Bund, um die Wärmewende im Gebäudebereich bis 2040 zu schaffen?

Gaál: Das lässt sich einfach beantworten: Mut, Konsequenz, laufende Information für die Bevölkerung und ganz dringend ein Erneuerbaren-Wärme-Gesetz, ein Bundesgesetz. Die gesetzliche Grundlage für den Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen ist überfällig!

Obermüller: Der Bund ist ganz besonders beim Klimaschutz säumig. Es gibt noch immer kein Klimaschutzgesetz. Österreich ist mittlerweile meilenweit davon entfernt, die Klimaziele der EU zu erreichen. Ich vermisse die „grüne Handschrift“ bei dieser Bundesregierung. Zudem habe ich auch wenig Verständnis für

„Wir fordern ein Mietrecht für alle Wohnbereiche.“

Im Gespräch



BILD: © MICHAELA BRUCKBERGER/HGT

die Grünen in Wien, die nun kritisieren, dass in den letzten Jahren in Wien zu wenig für den Klimaschutz getan worden sei. Wer war denn in der letzten Landesregierung für Klimaschutz zuständig? Die Grünen!

Wie sieht die Dekarbonisierung im Gemeindebau aus?

Gaál: Wiener Wohnen ist ein ganz wichtiger Partner am Weg zur Klimaneutralität. Unsere Gemeindebau-Hausverwaltung arbeitet aktuell neben den technischen Lösungen auch daran, die Voraussetzungen zu schaffen und internen Strukturen anzupassen,

um den Plan „Raus aus Gas“ umsetzen zu können. Rund 95.000 Gemeindewohnungen sind betroffen. Angesichts dieser Zahl braucht es eine präzise Planung, die auch Zeit in Anspruch nimmt.

Obermüller: Für dieses gewaltige Vorhaben haben wir 300 zusätzliche Dienstposten mit der Dienstgeberin ausverhandelt, worüber ich mich sehr freue. Diese werden direkt bei Wiener Wohnen angesiedelt sein. Es ist wichtig, dass Wiener Wohnen personell gestärkt wird.

Für das Sanieren von Gebäuden gibt es verschiedene Förderungen des Landes und des Bundes. Gibt es eine Möglichkeit, sich als Privatperson in Wien beraten zu lassen?

Gaál: Ja. Und zwar bei unserer kostenlosen Servicestelle „Hauskunft“. Sie befindet sich in Rathaus-Nähe in der Stadiongasse 10 und bietet Beratung für alle, die an einer Sanierung interessiert sind. Also für private Häuslbauer genauso wie für Zinshausbesitzerinnen und -besitzer oder Hausverwaltungen.

Gewalt gegen Frauen ist in Österreich ein großes Thema. Die Anzahl der Femizide ist erschreckend. Welche Maßnahmen setzt die Stadt Wien?

Gaál: In Wien haben wir vor kurzem ein fünftes Frauenhaus eröffnet und sind im Gewaltschutz europaweit wirklich vorbildlich am Weg. Wir bauen das Gewaltschutznetz weiter aus und fördern die Zivilcourage. Gerade erst habe ich gemeinsam mit Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler die neue Zusammenarbeit der Vienna Club Commission mit dem „Rettungsanker“ präsentiert. Ziel ist es, in den Clubs und bei Konzerten noch breiter als schon bisher Bewusstsein für die Themen Gewaltschutz und sexuelle Belästigung zu schaffen und konkrete Handlungsoptionen für Mitarbeiter*innen aufzuzeigen. Hier bietet das Frauenservice Wien kostenlose Erstgespräche an. Mit dem „Rettungsanker“ signalisieren wir klar: In Wien ist kein Platz für sexuelle Belästigung!

Obermüller: Auch beim Thema Gewalt gegen Frauen fehlt der Bundesregierung eine Gesamtstrategie. Jede betroffene Frau – egal ob in der Stadt oder auf dem Land – sollte wissen, wohin sie sich wenden kann. Die Hauptgruppe 1 hat in der Kampagne „Stopp Gewalt gegen Frauen“ im Vorjahr dafür sensibilisiert, entschlossen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen aufzutreten. Gewalt in der Familie darf nicht länger hingenommen werden.

„In Wien ist kein Platz für sexuelle Belästigung.“

chefredakteurin@fsg-hgt.at

Querraunzer

Arbeitsverweigerung mit „schwarzem Humor“

An drittletzter Stelle liegt Österreich in Sachen Inflation in der EU. Von hinten betrachtet: Das ist ein Stockerlplatz. Na, bravo! Das konsequente Nichtstun der Bundesregierung trägt also Früchte. Nur die Slowakei und Kroatien sind bei der Teuerungskämpfung noch schlechter als Österreich. „Ja, was macht diese Regierung eigentlich?“, fragen sich viele. Sehr viel Wichtiges! Kanzler Nehammer hat zum Beispiel im Sommer ein Video gedreht. Staatstragend wirbt er darin, das Recht, mit Banknoten und Münzen zu bezahlen, in der Verfassung verankern zu wollen. Während die Schlangen vor den Sozialmärkten länger und länger werden und tausende Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihr tägliches Leben bestreiten sollen, macht der Kanzler die Art und Weise des Bezahls zum großen politischen Thema. Das nenne ich schon zynisch. Oder ist das der „schwarze Humor“ der ÖVP, den ich nicht ganz verstehe?

Diesen besitzt dann aber auch sein Parteikollege Finanzminister Brunner. Er forderte von den Gewerkschaften im ORF-Report Zurückhaltung bei den Gehaltsverhandlungen. Er gibt den hohen Lohnabschlüssen die Schuld an der Inflation. Geht es nach Brunner, dann sollen doch die Arbeitnehmer*innen den Gürtel enger schnallen. Ich sag's ja: Dieser Mann hat Humor! Alles andere wäre besorgniserregend, wenn ein Finanzminister den grundsätzlichen Zusammenhang zwischen Löhnen und Preisen nicht kennt! Nämlich, dass die Löhne den Preisen folgen und nicht umgekehrt.



Totalversagen der Bundesregierung bei der Inflationbekämpfung

Zum schwarzen Humor zählt sicherlich auch die Ankündigung einer Mietpreisbremse. Gefordert wird ein Deckel bei fünf Prozent bei sinkender Inflationsprognose für 2024 und 2025. Die Wirkung ist damit verschwindend, der Deckel zu hoch. Und vor allem: Die Regierung hat tatenlos zugeschaut, wie die Mieten im Vorjahr und im heurigen Frühjahr durch die Decke gegangen sind. Alles ein PR-Schmäh. Vielleicht hält uns diese Bundesregierung für unterbelichtet? Das kann natürlich auch sein!

Zudem bleibt die Regierung für den besonders hochpreisigen unregulierten, privaten Mietsektor (425.000 Wohnungen) jede Lösung schuldig. Pure Klientelpolitik der ÖVP ist das wieder mal. Sie will die Eigentümer*innen, Konzerne und Großgrundbesitzer*innen nicht verprellen. Denn wer beißt schon die Hand, die einen füttert? Und genau diese Fokussierung auf die Reichen und Mächtigen ist etwas, was mich so massiv stört. Das hat nichts mehr mit christlich-sozial zu tun. Wo bleibt die Verantwortung für alle Menschen in Österreich? Wenn diese Regierung weiterhin so gar nichts Wirksames gegen die Inflation unternimmt, dann geht uns eh irgendwann das Geld aus, und dann löst sich Nehammers größtes Problem von selbst. „Mit Karte oder bar?“ Es wird dann einfach wurscht sein. Aber Achtung: Das war jetzt mein schwarzer Humor.

Wendelin

Personalnot – nicht Personalmangel!

In der Stadt Wien schießen die Kindergärten- und Campus-Standorte wie „Schwammerl“ aus dem Boden. Geschultes Personal fehlt aber an allen Ecken und Enden.



BILD: © PETRA SPIGLA/HGT

Julia Fichtl
Referentin für
Dienstrecht

Wien wächst, vor allem in den Flächenbezirken im Osten und Süden entstehen viele moderne Wohnsiedlungen. Damit werden auch die neuen Campus-Angebote immer mehr, um den Bildungsbedarf der Kinder von 0 bis 14 Jahren zu decken und es den Familien so angenehm wie möglich zu machen. Das alles ist die Politik bereit zu finanzieren.

Die neu zu eröffnenden Elementarpädagogikeinrichtungen müssen durch die MA 10 nach unserem Betreuungsschlüssel besetzt werden. Dazu muss allerdings von anderen Standorten Personal abgezogen werden. Aufgrund des aktuellen Minus von über 570 Pädagog*innen für die bestehenden Gruppen sagt uns jedoch der Hausverband, dass sich das nicht ausgeben kann. Wie lange kann der Betrieb mit solch prekärem Personalstand noch funktionieren – und zu welchem Preis?

Unvorstellbare Zustände

Unsere Kolleg*innen werden beschimpft, bedroht, verdächtigt, verurteilt – und dann soll auch noch das unterstützende Perso-

nal die Fachkräfte „freiwillig“ ersetzen, damit ja keine Gruppe geschlossen werden muss. Sehr oft ohne finanzielle Entschädigung! ES REICHT JETZT! Wir schauen nicht mehr länger zu und wehren uns gegen jegliche Neueröffnung, solange die Personalsituation so extrem angespannt ist. Die Bundesregierung MUSS für die Mitarbeiter*innen endlich Geld in die Hand nehmen und für die notwendigen Rahmenbedingungen sorgen, sonst wird es in Zukunft keine Qualität mehr geben. Dazu braucht es mehr als nur nette Worte: Es braucht endlich Taten.

Unsere Forderungen

Vom 20. bis 22. Juni tagte der ÖGB-Bundeskongress im Austria Center Vienna. Unter dem Motto „Mehr helfende Hände“ wurde ein Zeichen für die Elementarpädagogik gesetzt, gemeinsam mit der younion wurden Ideen und Verbesserungsvorschläge erarbeitet. Die daraus resultierenden Forderungen der Gewerkschaftsfrauen sind:

- Einheitliche Ausbildung und Bezeichnung für das unterstützende Personal in ganz Österreich
- Administratives Personal, um die Leitungen zu unterstützen
- Multiprofessionelles Team mit diversem Fachpersonal in ganz Österreich
- Aus- und Weiterbildungsoffensive in ganz Österreich
- Mehr Personal und weniger Kinder in den Gruppen

- Mehr Geld – ein Prozent des BIP für elementare Bildung und mindestens eine Milliarde jährlich

Das Bild, das wir in Wien sehen, zeichnet sich auch in allen Bundesländern klar ab. Wenn wir nicht an der Verbesserung der Rahmenbedingungen arbeiten, laufen uns die Elementarpädagogikfachkräfte davon und die Situation verschlimmert sich weiter.

Negativspirale

Die Bundesregierung muss endlich erkennen, dass es ohne die Bereitstellung von finanziellen Mitteln – mindestens ein Prozent des BIP und eine Milliarde jährlich – zu massiven Einschränkungen im Bildungsbereich der Kindergärten kommen wird. Ohne Geld gibt es keine Aus- und Weiterbildung, ohne Aus- und Weiterbildung kein Personal für die Kindergärten. Und ohne weiteres Personal keine Neueröffnung von Kindergärten! Ganz im Gegenteil: Wenn es so weitergeht, werden Schließungen nicht zu vermeiden sein. Eine Negativspirale, die bewirkt, dass weniger Frauen in Beschäftigung kommen, Familien in der Folge weniger Einkommen haben, was wiederum der Wirtschaft schadet, weil die Kaufkraft weniger und weniger wird.

Wir wissen das – die Bundesregierung braucht aber anscheinend Nachhilfeunterricht in Sachen Volkswirtschaft. Judith Hintermeier, Bundesfrauenre-

„Wie lange kann der Betrieb mit dieser Personalnot noch funktionieren?“



BILD: © PETRA SPIGLA/HGT

Margit Pollak
Vorsitzender
Stellvertreterin
Hauptgruppe 1



Julia Fichtl, Margit Pollak (beide HG 1) und Judith Hintermeier (younion-Bundesfrauenreferentin) deponierten die Forderungen der ElementarpädagogInnen beim ÖGB-Bundeskongress

ferentin der Kindergartengewerkschaft younion, sagt ganz richtig: „Liebe Bundesregierung: Studien lesen, auf die Expert*innen hören und endlich Geld lockermachen.“

Zukunft gestalten

Die Dienststelle ist gesprächsbereit. Nun müssen wir rasch ins Tun kommen, bevor noch mehr Personal wegbricht und selbst der aktuelle Betrieb nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. In Zusammenarbeit mit der Hauptgruppe 1 wurden bereits drei Arbeitsgruppen instal-

liert. Eine beschäftigt sich mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen, kurz AGB, denn die Vereinbarungen zwischen Eltern und der MA 10 müssen an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden, insbesondere um mehr Rechtssicherheit für die Bediensteten zu gewährleisten. Die zweite Arbeitsgruppe erarbeitet Möglichkeiten zum Thema Altersteilzeit in der MA 10. Die dritte beschäftigt sich mit dem Thema „Wege zur Elementarpädagogik“: mit Aufstiegschancen für Assistenzpädagog*innen und

Assistent*innen, und wie die Ausbildung künftig aussehen soll.

Wir sehen also optimistisch in die Zukunft, weil wir überzeugt sind, gemeinsam mit der Dienststelle gute Lösungen für unsere Kolleg*innen zu erarbeiten.

julia.fichtl@wien.gv.at
margit.pollak@wien.gv.at

„Wenn es so weitergeht, sind Schließungen unvermeidlich!“

Beschimpft, bedroht, verletzt – Aggression im Rettungsalltag

Hoch professionelles Auftreten und beste sanitätsdienstliche Hilfe sind für Sanitäter*innen selbstverständlich. Widerwillige Hilfesuchende stellen ihre Professionalität jedoch auf die Probe.



BILD © PHILIP SCHUSTER

Thorsten Brandstetter
Vorsitzender-Stellvertreter DA 118 - Berufsrettung

Oft werden Aggression und Gewalt in eine Schublade gesteckt. Gewalt ist jedoch nur ein kleiner Teil von Aggression. Was immer gleich bleibt, ist „eine Verursachung von Schaden an anderen Personen durch das Überschreiten von Grenzen, Normen und Regeln“. Es gibt keine klassischen Verhaltensnormen bei Notfällen oder Unfällen. Der Kontrollverlust nach einem Unfall, Bewegungseinschränkungen, das Eindringen in die persönliche Wohlfühlzone, das Bedürfnis nach rascher detaillierter Information oder die Übernahme von Entscheidungen durch das Sanitätspersonal werden von Menschen oft als Grenzüberschreitung wahrgenommen. Äußerliche Einflüsse durch Angehörige, Begleitpersonen oder gar Schaulustige tun ein Übriges.

Erschwerende Situationen

Dass Übergriffe auf Sanitäter*innen immer häufiger werden, ist durch diverse, noch vor der Pandemie durchgeführte, Studien belegt. Während der Pandemie ist es noch häufiger zu Problemen gekommen. Masken haben jedem die Mimik genommen, die Gestik war durch Atemnot und Schutzanzüge stark eingeschränkt, Gespräche auf ein Minimum reduziert. Die anfänglich beklatschten Helden wurden zunehmend als

„Übergriffe werden zunehmend häufiger.“



BILD © PV BERUFSRETTUNG WIEN

Gewalt und Aggression gegen Sanitäter*innen werden bagatellisiert

Erfüllungsgehilfen der Corona-Maßnahmenbefürworter wahrgenommen. Mit Schuldzuweisungen, Corona-Leugner hätten direkt dem Gesundheitspersonal geschadet, befeuerte die Bundesregierung zusätzlich das Aggressionspotenzial.

Eigeninitiative der PV

Nun ist die Pandemie zwar für beendet erklärt, die Übergriffe werden aber weiterhin bagatellisiert. Auswirkungen auf Betroffene werden weder aufgearbeitet, noch werden Folgen, z. B. permanente körperliche Schäden oder posttraumatische Belastungsstörungen, akzeptiert. Die Berufsrettung Wien hat den Bedarf an Unterstützungsmaßnahmen schon lange erkannt: Mit erweiterten Stundenkontingenten in den Ausbildungen zu psychischen

Erkrankungs- und Belastungsbildern, einem Deeskalationskurs und niederschwelligem Einmeldesystem wird das Angebot für unsere Kolleg*innen nach Aggressions- und Gewaltvorfällen stetig ausgebaut. Aktuell ist ein Projekt zur Besserung der arbeitspsychologischen Belastung in Ausarbeitung. Echte Supervision wie bei Pflegeeinrichtungen vermissen wir allerdings. Die Bundesregierung bleibt jedoch weiter untätig. Ohne Berufsbild, Berufsschutz und zeitgemäßer Ausbildungsverordnung – der Unterricht über psychologische Erkrankungen und Belastungen umfasst schändliche sieben Minuten (!) – bleibt allen Retter*innen mit erlittenen Folgeschäden nur eine Zukunft: die Armutsfalle.

thorsten.brandstetter@wien.gv.at

„Wir fordern ein gewalt- und angstfreies Arbeiten!“

In der MA 35 – Einwanderung und Staatsbürgerschaft sind die Mitarbeiter*innen täglich Anfeindungen, Gewaltandrohungen, teilweise sogar Übergriffen ausgesetzt. Die HG 1 fordert nun rasche Maßnahmen!



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/PEOPLEIMAGES.COM – YURIA

„**H**uren-Töchter. Huren. Schmutzige Schweine. Fuck you all and fuck your mothers!“ – Solche und ähnliche hasserfüllte E-Mails erhalten die Mitarbeiter*innen der MA 35 (Einwanderung und Staatsbürgerschaft) mehrmals pro Woche. Trotz sofortiger Intervention der Personalvertretung bedurfte es erst einer Häufung solcher „Beleidigungs-E-Mails“, ehe Bewegung in die Angelegenheit gekommen ist – und die Stadt Wien im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht auch rechtlich gegen die Verfasser*innen derartiger E-Mails vorgehen kann.

Bis dahin konnten betroffene Mitarbeiter*innen lediglich „privat“ Strafanzeige erstatten. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft. Es erweist sich als schwierig, die Verfasser*innen derartiger E-Mails ausfindig zu machen. Deshalb muss leider immer wieder das eine oder andere Verfahren eingestellt werden.

Unsere Forderungen

Auf Initiative der younion – Hauptgruppe 1 wurde am 1. September bei einem „runden Tisch“ Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr aus erster Hand vermittelt, welche heftigen Be-

schimpfungen, derben Beleidigungen und Bedrohungen die Kolleg*innen der MA 35 ständig ausgesetzt sind. Wir haben dabei unmissverständlich dargelegt, dass alle Kolleg*innen ein Recht auf Schutz ihrer Privatsphäre und auf einen gewalt- und angstfreien Arbeitsplatz haben. Wir haben die Dienstgeberin aufgefordert, rasch zu handeln! Denn der Schutz der Bediensteten müsse höchste Priorität haben. Aktuell besteht die Gefahr, dass durch Anführen der Namen auf den Türschildern oder auf Schriftstücken die Mitarbeiter*innen von Antragssteller*innen verfolgt, auf offener Straße beleidigt oder in Sozialen Medien diffamiert werden.

Forderungen der HG 1

Die Hauptgruppe 1 und der Dienststellenausschuss 103 fordern die Dienstgeberin auf, folgende Maßnahmen zum Schutz unserer Kolleg*innen in der MA 35 rasch umzusetzen:

- Anonymisierung aller Schreiben und E-Mails von Mitarbeiter*innen der MA 35 an Kund*innen. Abgesehen von Bescheiderledigungen sollen alle Schreiben und E-Mails statt mit dem Namen der absendenden Person nur noch mit einer Unterschriftformel

„Alle Kolleg*innen haben ein Recht auf den Schutz ihrer Privatsphäre.“



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/MR. JITTAPONG JEERACHAT

der Organisationseinheit, wie z. B. „Ihr Servicecenter-Team“ oder „Ihr Team Einwanderung“, unterfertigt werden.

- Ersetzung der Namen an den Türschildern in allen Bereichen der MA 35 durch die Anführung der Organisationseinheit sowie Anzahl der Mitarbeiter*innen, welche in diesem Raum ihren Arbeitsplatz haben. Letztere Informationen sind bei der Evakuierung in einem Brandfall hilfreich.
- Weiterleiten von E-Mails von bereits einschlägig

„Boulevard-Blätter bringen subjektive Berichte - ohne Recherche des Wahrheitsgehalts.“

bekanntes E-Mail-Adressen an ein „Clearing-Postfach“ der MA 35. Die Bearbeitung dieser E-Mails erfolgt durch Führungskräfte. Sie prüfen, ob sachliche Fragen oder Anträge beinhaltet sind, oder ob es sich ausschließlich um Beschimpfungen etc. handelt. Bei Beschimpfungen, Beleidigungen oder Bedrohungen werden die jeweiligen Stellen, wie Polizei, Staatsanwaltschaft etc. eingeschaltet und rechtliche Schritte gesetzt. Die sachlichen Anliegen werden an die vorgesehenen Empfänger*innen weitergeleitet.

- Wir brauchen dringend mehr Personal: Ab Herbst 2023 werden etwa 28.000 Anträge von ukrainischen

Staatsbürger*innen erwartet, denen nach dem Niederlassungsgesetz der dauerhafte Aufenthalt in Österreich ermöglicht wird. Wir dürfen nicht vergessen: Die MA 35 führt bereits zwei Drittel aller Einbürgerungen österreichweit durch!

- Von der Dienstgeberin bezahlte Supervisionsstunden: Von Gewalt betroffene Kolleg*innen bräuchten dringend professionelle Unterstützung durch Supervision, um das Erlebte zu besprechen und gut zu verarbeiten. Nur so kann nachhaltig eine gute Leistung erbracht werden.

Mehr Rückhalt notwendig

Darüber hinaus vergeht kaum eine Woche, ohne dass Medien über einen „neuen Skandal“ in der MA 35 berichten. Vor allem Boulevard-Blätter veröffentlichen subjektive Berichte von Antragsteller*innen, allein aus deren Sichtweise – ohne Recherche des Wahrheitsgehalts, der gesetzlichen Grundlagen und der tatsächlichen Gegebenheiten. Jeder dieser reißerischen Beiträge über die „Missstände in der Skandalabteilung MA 35“ ist für die Mitarbeiter*innen sehr belastend. Auch wenn die Politik in der Öffentlichkeit nicht zu jedem dieser Artikel Stellung bezieht bzw. deren Sichtweise von den Medien einfach nicht übernommen wird, wäre es wichtig, den Mitarbeiter*innen intern zu signalisieren, dass man auf ihrer Seite steht.

Die Bediensteten in der MA35 wünschen sich mehr Rückhalt und rasch wirksame Maßnahmen, die respektvolles, gewalt- und angstfreies Arbeiten sicherstellen. Nur so wird die Stadt Wien in Zukunft als attraktive und sichere Arbeitgeberin am Arbeitsmarkt bestehen können.

manfred.obermueller@wien.gv.at

Digitalisierung - Chancen und neue Perspektiven

Im Scanzentrum der MA 6 - Rechnungs- und Abgabewesen stehen Effizienz und Genauigkeit im Fokus. Denn der elektronische Akt ist nicht mehr wegzudenken.



BILD © ANDREAS GILLITSCHKA

Früher wanderten dicke Papierakten von Schreibtisch zu Schreibtisch

Rund 70 Mitarbeiter*innen arbeiten im Scanzentrum der MA6 in Wien Landstraße daran, traditionelle papierbasierte Kommunikationswege mit modernen automatisierten Prozessen in der Stadt Wien zu verbinden. Im Sinn der „Digitalen Agenda 2025“ werden die neuen Technologien für eine leistungsfähige Verwaltung optimal genutzt, um den Aktenlauf zu beschleunigen und ressourcenschonender zu gestalten.

Höchstleistungen

Als Dienstleister übernimmt die MA6 die gesamte Erfassung der eingehenden Rechnungen und des Posteingangs sowie die gesamte Post- und Paketlogistik der Dienst-

stellen. Darüber hinaus befasst sich eine eigene Gruppe mit Sonderleistungen für Dienststellen, die bestehendes Aktenmaterial wie z. B. Ehebücher oder Kassens Journale digitalisieren wollen. Pro Jahr werden ca. 1,1 Mio. Rechnungen in elektronischer sowie in Papierform erfasst, validiert und zur Verrechnung weitergeleitet. Davon werden jährlich an die 430.000 Rechnungen sowie Eingangspost im Ausmaß von 850.000 Sendungen digital erfasst. Zehn Hochleistungsscanner sind dazu im Einsatz. Jedes Eingangsstück wird geprüft und anschließend mittels Workflow an SAP oder ELAK zur weiteren Bearbeitung an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Nur 20 Prozent des Posteingangs

werden ungescannet an die Adressaten übermittelt.

Das Scanzentrum verfügt über sechs Fahrzeuge zur Abwicklung der internen und externen Postlogistik. Neben der Magistratspostfachverwaltung existieren auch 110 Business-Postfächer der Post AG, die mitbetreut werden. Bei auffälligen Briefen bzw. bei Sendungen an einen sensiblen Adressat*innenkreis kommt das eigens angeschaffte Röntgengerät zum Einsatz. Sollte sich der Verdacht einer gefährlichen Sendung erhärten, wird sofort die Rathauswache und gegebenenfalls die Polizei eingeschaltet.



BILD © PETRAS PIOLA/HG1

Petra Wallner
Vorsitzende DA 104 -
Finanzen und
Wirtschaft

Spezial-Know-how

Dank des regelmäßigen Austauschs in den altersgemischten Teams werden die Kompetenzen der Mitarbeiter*innen ständig erweitert. Alle sind aufgrund ihres umfassenden technischen und fachlichen Wissens in Bezug auf die Digitalisierung und Aufbereitung von Unterlagen jeglicher Art hochspezialisiert. „Im Scanzentrum verbinden wir moderne Technologien mit realen Menschen. Ohne das effiziente Zusammenspiel dieser beiden Komponenten wäre die Digitalisierung für eine Vielzahl von (Folge-)Prozessen in der Stadt Wien unmöglich“, verweist Abteilungsleiter Erich Schwammenschneider auf das wichtige Zusammenspiel der Fähigkeiten der Kolleg*innen mit technischen Neuerungen.

petra.wallner@wien.gv.at

Sie fragen – wir antworten

Es gibt immer wieder Fragen, wie etwas im Dienst- und Besoldungsrecht genau geregelt ist. Unsere Fachreferent*innen informieren Sie in jeder Ausgabe über alle Details zu den häufigsten Themen.



BILD: © PETRA SPIOLA/HGT

Margit Pollak

Welche Erweiterungen der Pflegefreistellung wurden erreicht?

Ein Meilenstein ist gelungen! Seit dem 1. August 2023 gibt es die Möglichkeit, für die notwendige Pflege und Unterstützung einer bzw. eines erkrankten oder verunglückten nahen Angehörigen eine Pflegefreistellung in Anspruch zu nehmen – unabhängig davon, ob diese bzw. dieser Angehörige im gemeinsamen Haushalt lebt oder nicht.

Gemeinsamer Haushalt

Außerdem ist es jetzt auch möglich, aufgrund der notwendigen Pflege bzw. zur Unterstützung einer im gemeinsamen Haushalt lebenden erkrankten oder verunglückten Person eine Pflegefreistellung in Anspruch zu nehmen, wenn diese Person keine Angehörige bzw. kein Angehöriger ist.

Die weiteren, schon länger erreichten Errungenschaften die Pflegefreistellungen betreffend sind:

- 2013: Wegfall der Bedingung, dass Kinder im gemeinsamen Haushalt leben müssen – Anspruch auf Pflegefreistellung für die Begleitung eines Kindes bei einem stationären Aufenthalt im Krankenhaus bis zur Vollendung des zehnten Lebensjahres
- 2021: erhöhter Anspruch auf eine Pflegefreistellung, unabhängig vom Anlassfall, bis zum 12. Geburtstag des Kindes sowie erhöhter Anspruch für behinderte Kinder, für die eine erhöhte Familienbeihilfe bezogen wird, unabhängig vom Lebensalter

Weitere detaillierte Informationen zu allen Fragen rund um die Pflegefreistellung erhalten Sie von Ihrer Personalvertreterin bzw. von Ihrem Personalvertreter.

margit.pollak@wien.gv.at



BILD: © PETRA SPIOLA/HGT

Günter Unger

Was bedeutet die rollierende Inflation?

Die Gehaltsverhandlungen werfen angesichts der andauernden hohen Inflation ihre Schatten voraus. Ein Faktor, der bei den Gehaltsverhandlungen herangezogen wird, ist die rollierende Inflation. Diese ist ein wichtiger Indikator für die Preisentwicklung. Dazu wird die durchschnittliche Inflationsrate der letzten zwölf Monate gemessen. Bei den Gehaltsverhandlungen für 2024 wird der Zeitraum Oktober 2022 bis September 2023 herangezogen. Die derzeit prognostizierte Inflation wird voraussichtlich ein hoher einstelliger Prozentsatz sein.

Jährlicher Durchschnittswert

Warum nimmt man nicht die Inflation des letzten Monats zur Berechnung her? Mit der rollierenden Inflation verhindert man kurzfristige Ausreißer sowohl nach oben als auch nach unten, denn damit würde man die Verhandlungsbasis übermäßig beeinflussen.

Gehaltsabschlüsse werden in Österreich in der Regel auf ein Jahr abgeschlossen. Daher macht es auch Sinn, einen längeren Zeitraum für die Berechnung der Inflation heranzuziehen. Denn schon jetzt tauchen die vor Gehaltsverhandlungen regelmäßig wiederkehrenden „Gewitterwolken“ auf, wie schlecht die wirtschaftliche Entwicklung sei und dass man sich hohe Gehaltserhöhungen nicht leisten könne.

Bewährte Methode

Über viele Jahre betrachtet hat sich die Benya-Formel für die Gehaltsverhandlungen bewährt, die sich aus der Abgeltung der Inflation und dem mittelfristigen Produktivitätszuwachs zusammensetzt.

guenter.unger@wien.gv.at

Volle Fahrt voraus – Jobticket und Essenszuschuss NEU

Anfang September haben die Projektteams ihre Arbeit aufgenommen, um die kostenlose Jahreskarte für alle Mitarbeiter*innen sowie die Modernisierung der Essensmarken im Detail zu planen.

Essenszuschuss NEU

„Die Essensmarke hat – nach über 30 Jahren in unveränderter Form und Zuschusshöhe – ihre Aufgabe erfüllt. Gemeinsam mit einem motivierten Projektteam arbeiten wir nun daran, das Vorhaben umzusetzen und unser vertrautes, aber doch schon etwas in die Jahre gekommene Essensmarken auf moderne Beine zu stellen“, leitete Projektleiterin Katrin Hetzenauer den Auftaktworkshop im Haus des Personals ein. Im von der MD-PR, Gruppe Talente und Trends, koordinierten Projektteam sind Kolleg*innen der MA01, MA2, MA5, MA6, MA36, MA54 sowie der yunion vertreten. „Nachdem die Essensmarken seit den 1970er-Jahren nicht erhöht wurden, bedarf es nun einer raschen Umsetzung!“, betonte Manfred Obermüller.

Details unter:

www.intern.magwien.gv.at/web/md-pr/essenszuschuss-neu

Jobticket

Auch dieses Team, bestehend aus Vertreter*innen der MA2, MA5 und den Wiener Linien und koordiniert von der Gruppe Talente und Trends der MD-PR, hat bereits getagt und die häufigsten Fragen & Antworten zusammengefasst.

Diese FAQ-Liste wird laufend aktualisiert:

www.intern.magwien.gv.at/web/md-pr/jobticket



BILD: © PID/NOTATA

V.l.n.r.:

Michael Stacher, Maximilian Biwald, Norbert Fröch, Susanne Zelinger, Erich Schwammenschneider (vorne), Florian Koci (hinten), Claudia Ulovec, Jasmin Parzer, Stefanie Sorgo, Manfred Obermüller, Georg Graf, Katrin Hetzenauer, Alexander Moritz, (Herbert Aschenbrenner – im Projektteam, aber nicht auf dem Foto)



BILD: © PID/NOTATA

V.l.n.r.:

Marian Leitner, Christian Wagner, Klaus Bamberger, Maximilian Biwald, Stefanie Sorgo, Barbara Karl, Andreas Filz, Wolfgang Zimmer

Die Projekte „Jobticket“ und „Essenszuschuss NEU“ sind wesentliche Eckpfeiler zur Gewinnung und Bindung von Mitarbeiter*innen.

Maximilian Biwald MA, Leiter der Gruppe Talente und Trends der MD-PR

KI: zwischen Hype, Ängsten und Selbstbehauptung

Die Ära der Künstlichen Intelligenz (KI) ist gekommen, sie ist ein wesentlicher Treiber der digitalen Transformation unserer Gesellschaft. Damit stellen sich zahlreiche Fragen über die Auswirkungen auf unsere Arbeitswelt.



Von künstlicher Intelligenz kreierte Illustrationen und Fotos werden immer häufiger - oft ohne entsprechenden Hinweis - eingesetzt

Während Technologien wie ChatGPT und Co zweifellos das Potenzial haben, Prozesse zu optimieren, entfachen sie auch Debatten über Arbeitsplatzverluste und Veränderungen in der Arbeitsweise.

Effizienz statt Ängste

Die Verlockungen der KI sind greifbar, und ihre Integration in die Arbeitswelt ist mehr als nur ein Trend. ChatGPT übernimmt Aufgaben wie Textgenerierung, Übersetzungen und kreativen Input. Diese Möglichkeiten versprechen gesteigerte Effizienz und frische Perspektiven. Doch parallel entstehen Bedenken in Bezug auf

zukünftige Arbeitsplätze und Rollenveränderungen. Die KI-Debatte zieht sich durch alle Ebenen der Arbeitswelt. Es ist nicht nur die Kreativbranche, die sich Gedanken macht. Auch in vielen anderen Berufsfeldern sind die langfristigen Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz nicht einschätzbar. Die Angst, durch Automatisierung ersetzt zu werden, beschäftigt Fachkräfte aller Art. Die Zukunft erfordert ein neues Verständnis von Arbeitsplatzsicherheit und Flexibilität, denn der Wandel von Routineaufgaben hin zur Zusammenarbeit mit KI erfordert Anpassung und Weiterbildung.

KI: Werkzeug, nicht Rivale

Die Fähigkeiten des Menschen sind einzigartig und unverzichtbar. KI kann Daten ana-

lysierten, Muster erkennen und Handlungen empfehlen, aber sie kann nicht die menschliche Empathie, Kreativität und strategische Entscheidungsfähigkeit ersetzen. Die wahre Stärke liegt in der Symbiose von Technologie und menschlicher Intelligenz. Die Entwicklung von KI sollte nicht als Bedrohung, sondern als Chance für eine verbesserte Arbeitswelt betrachtet werden. Durch die Automatisierung von Routineaufgaben können sich Menschen auf komplexere, strategischere Aufgaben konzentrieren. Eine Umgestaltung der Arbeitsplätze und -rollen wird notwendig sein, um das volle Potenzial von KI auszuschöpfen.

Menschliche Kreativität

Anstatt uns von Technologie entfremden zu lassen, sollten wir sie als Werkzeug nutzen, um unsere kreativen Fähigkeiten zu erweitern. In einer Zeit, in der Technologie immer präsenter wird, wird die menschliche Begabung, neue Ideen zu generieren und innovative Lösungen zu finden, noch wertvoller. Künstliche Intelligenz verändert die Dynamik der Arbeitswelt grundlegend. Sie bringt Effizienz und neue Möglichkeiten, aber auch Unsicherheiten. Indem wir KI als Partner sehen, der unsere Fähigkeiten ergänzt, können wir eine Zukunft schaffen, in der Menschlichkeit und Technologie harmonisch koexistieren.

sarah.popernitsch@wien.gv.at

Menschliche Fähigkeiten sind trotz KI-Revolution unverzichtbar.

Verkürzung der Elternkarenz

Statt die Gründe zu beseitigen, warum sich beide Partner oft gar nicht an der Elternkarenz beteiligen können, sollen jene Eltern künftig mit geringerer Karenzdauer bestraft werden.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCKGROUND PICTURE

Durch die Verkürzung der Elternkarenz werden diese wieder weniger Männer in Anspruch nehmen

Schnell war die Bundesregierung bei der Umsetzung einer EU-Vereinbarkeitsrichtlinie zur Erhöhung der Väterbeteiligung bei der Inanspruchnahme der Elternkarenz. Doch aus meiner Sicht ist diese nicht im Sinn der Eltern. Denn der von ÖVP und Grünen eingebrachte Antrag sieht vor, dass die Elternkarenz um zwei Monate verkürzt werden soll: Anstatt bis zum 24. Lebensmonat des Kindes würde der Anspruch nur mehr bis zum 22. Lebensmonat bestehen – wenn der Partner sich nicht an der Elternkarenz beteiligt. Ausnahmen gibt es für Alleinerzieher*innen, wenn kein anderer Elternteil vorhanden ist, oder wenn der andere Elternteil nicht im gemeinsamen Haushalt lebt.

Die Elternkarenz bis zum 24. Lebensmonat ist ein hart erkämpfter

Anspruch – diese unter dem Vorwand von Wahlfreiheit und Chancengleichheit zu verkürzen, ist zynisch. Vor allem im ländlichen Bereich fehlen die benötigten Kleinkindgruppen und Kindergärten, vom fehlenden Personal einmal ganz abgesehen.

Zynische Entscheidung

Dort ist es oft keine freiwillige Entscheidung, sich an der Elternkarenz zu beteiligen. Auch in der Privatwirtschaft sieht es im Gegensatz zur Stadt Wien anders aus, wo die Väterkarenz massiv unterstützt wird. Denn viele Firmen meinen: „Ja natürlich besteht ein Rechtsanspruch – aber auch wir haben das Recht, uns zu fragen, ob wir ‚dich‘ nach der Elternkarenz im Betrieb noch brauchen.“ Vier Wochen Kündigungsschutz machen das Kraut auch nicht fett. Aus meinen Bera-

tungen weiß ich, dass viele Väter sehr gerne Elternkarenz nehmen würden, aber dies darum und/oder aus finanzieller Sicht einfach nicht machbar ist.

Die Verkürzung der Elternkarenz wird wieder überwiegend Frauen treffen, da das Familieneinkommen bei der Entscheidung über die Inanspruchnahme eine enorm wichtige Rolle spielt. Frauen werden vermehrt in eine sonstige Karenz gedrängt, mit massiv negativen Auswirkungen auf die Höhe ihrer Pension, mitunter auch mit nachteiligen Auswirkungen auf ihre Karriere. Denn eine sonstige Karenz hemmt den Lauf der Dienstzeit.



BILD: © PETRA SPIOLAVIGI

Regina Müller
Frauenvorsitzende
sowie Referentin für
Diversität

Wochengeldfalle

Beim Thema Wochengeldanpassung lässt sich die Bundesregierung Zeit. Seit 2022 gibt es eine EU-Richtlinie, die besagt, werdende Mütter müssen eine wochengeldähnliche Leistung erhalten, wenn sie während der Elternkarenz neuerlich schwanger werden, da während der Schutzfrist vor der Geburt ein absolutes Beschäftigungsverbot besteht. Für Geburten bis zum 28.2.2017 hatte dies auch Gültigkeit. Unter der Regierung Kurz wurde für Geburten ab 1.3.2017 die Wochengeldleistung einfach gestrichen.

regina.mueller@wien.gv.at

Geschätzte Bundesregierung: Die Rahmenbedingungen passen nicht!

Nicht sichtbare Behinderung bzw. Erkrankung im Alltag

Viele Behinderungen sind nicht auf den ersten Blick erkennbar. Doch sie sind nicht weniger ernst bzw. beeinträchtigen im täglichen Leben und bei der Arbeit nicht weniger stark.



BILD: © PRIVAT

Gottfried Maier
Vorsitzender-
Stellvertreter der
Behindertenver-
trauenspersonen
der HG1

Viele Menschen leben mit einer Behinderung oder Einschränkung. Diese kann sichtbar sein, wie zum Beispiel bei Gehbehinderungen mit Mobilitätshilfen (z. B. Rollstuhl, Rollator, Gehstock), Down-Syndrom, Krebserkrankungen mit Haarverlust nach Chemotherapie – oder, wie der weit größere Teil, nicht sichtbar. Zu diesen Behinderungen zählen beispielsweise die Autismus-Spektrum-Störung, Chronisches Fatigue-Syndrom, Endometriose, Epilepsie oder Fibromyalgie, Autoimmunerkrankungen, Migräne, Taubheit, Reizdarmsyndrom, u. v. m.

Vorschnelle Urteile

Nicht sichtbare Behinderungen werden vom Umfeld nicht oder kaum wahrgenommen. Menschen mit nicht ersichtlichen Beeinträchtigungen und Erkrankungen erleben in ihrem Alltag darum sehr oft, dass andere Personen ihr Verhalten bewerten und darauf unpassend reagieren. Sie sind vielen zusätzlichen Schwierigkeiten bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgesetzt. Ihr Zugang zu benötigten Medikationen oder Heilbehelfen wird



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/MAYO PRODUCTION

nicht nur in Frage gestellt, sondern oftmals auch abgewiesen. Denn häufig fehlt das Verständnis für ihre Bedürfnisse bzw. für die Barrieren, die sie im täglichen Leben vor immer neue Herausforderungen stellen. Betroffene erleben im Alltag zahlreiche Vorurteile, vermeidbare Barrieren und Ableismus – die ungerechtfertigte Ungleichbehandlung bzw. „Diskriminierung“ wegen einer körperlichen oder psychischen Erkrankung oder aufgrund von Lernschwierigkeiten in Folge eines nicht ersichtlichen Autismus.

„Wo bist du denn behindert, man sieht ja gar nichts.“ Diese Aussage höre ich oft, da auch

ich selbst seit 23 Jahren an den Folgen einer nicht sichtbaren Autoimmunerkrankung leide und mich ständig erklären muss.

Unnötige Missverständnisse

Diese unbedachte Bemerkung, auf den ersten Blick wohl von vielen als Kompliment gemeint, grenzt mich aber kritisch betrachtet von Menschen ab, denen man ihre Behinderung sofort ansieht. Darum bitte nicht immer gleich urteilen. Lieber sensibel nachfragen und Rücksicht nehmen auf die Würde und die Selbstbestimmung – auf die Bedürfnisse unserer Mitmenschen.

gottfried.maier@wien.gv.at

Kontakt:

**Büro der Behindertenver-
trauenspersonen der HG 1**

t: +43 1 4000-59266

m: +43 676 8118 59244

e: behinderte@hg1.wien.gv.at

Gesundheit darf keine Budgetfrage sein

Prävention und Gesundheitsförderung statt Rehabilitation und Kuration – Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter*innen nachhaltig sichern.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/FZKES

Gesundheit ist unser höchstes Gut – auch im Arbeitskontext. Um psychischen und physischen Erkrankungen am Arbeitsplatz vorzubeugen, ist ein motivierendes Arbeitsumfeld enorm wichtig. Dazu muss die Gesundheit der Mitarbeiter*innen stetig gestärkt, deren Wohlbefinden zunehmend verbessert werden.

Betriebliche Gesundheitsförderung ist in aller Munde, sie muss aber auch tatsächlich umgesetzt und gelebt werden. Mit dem Arbeitsmedizinischen Zentrum (AMZ) steht den Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien dazu ein zentraler Ansprechpartner in Sachen Gesundheitsschutz und Gesundheitsvorsorge zur Verfügung. Das Leistungsspektrum des AMZ umfasst zahlreiche Angebote in Sachen Gesundheitsför-

derung – diese müssen aber auch von den Dienststellen genutzt werden.

Sensibilisierung fördern

Den Führungskräften der Dienststellen kommt beim Thema Gesundheitsförderung eine wichtige Rolle zu. Es liegt in ihrer Verantwortung, für Mitarbeiter*innen den (technischen) Zugang zu gesundheitsfördernden Maßnahmen zu gewährleisten. Die entsprechende Sensibilisierung und Schulung der Führungskräfte für das frühzeitige Erkennen von möglichen psychischen und seelischen Gesundheitsgefährdungen ist darum essentiell.

Welche konkreten Maßnahmen tragen zur Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz bei? Die Teilnahme an Schulungen zu Stress- und Burnoutprävention zum Beispiel.

Die Schaffung einer angenehmen Arbeitsatmosphäre durch Vorkehrungen gegen Hitze, ergonomisch gestaltete Arbeitsplätze mit höhenverstellbaren Tischen und stufenlos verstellbaren Bürostühlen mit flexibler Rückenlehne oder zusätzliche Tischbeleuchtungen. Auch Räumlichkeiten oder technisches Equipment (nicht nur für die Verwaltung) für Yogakurse zum Beispiel oder fünf bis fünfzehn Minuten aktive Bewegungspausen für Rückenübungen o. ä. sind eine Möglichkeit.



BILD: © PETRA SPIOLA/ING 1

Michael Lewisch
Referent für
Öffentlichkeitsarbeit
und Organisations-
entwicklung

Positive Effekte

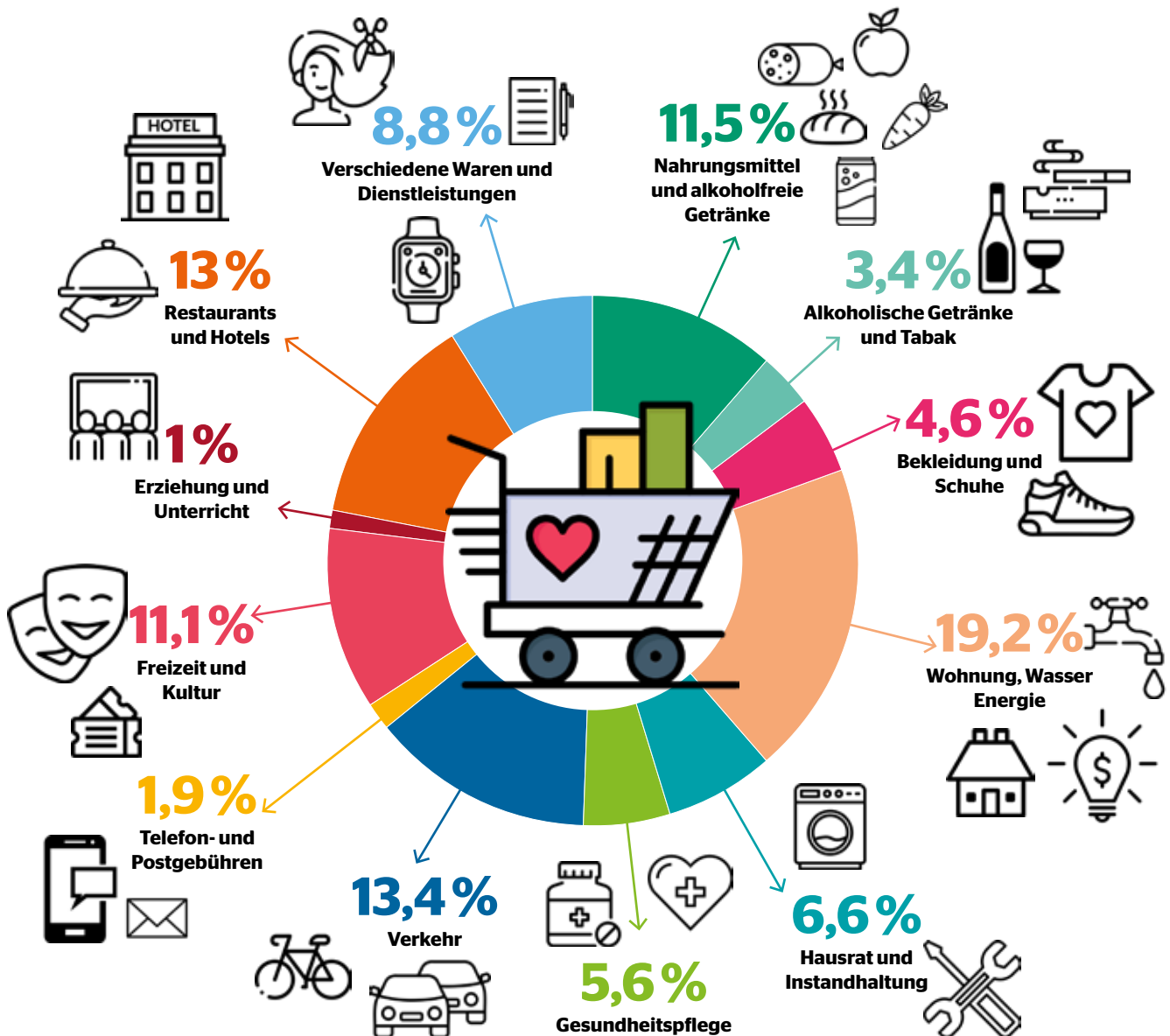
Das notwendige Budget, die personellen Ressourcen sowie die erforderliche Zeit müssen seitens der Dienststelle zur Verfügung gestellt werden. Denn schon eine halbe Stunde bis Stunde Zeit für die psychische sowie physische Gesundheit pro Woche kann die gesundheitlichen Risikofaktoren verringern. Damit können Fehlzeiten und (Langzeit-)Krankstände reduziert werden, eine übermäßige Fluktuation von Mitarbeiter*innen lässt sich damit verhindern. Es darf bei der Gesundheit der Mitarbeiter*innen zu keinen Einsparungen kommen – denn gesunde Mitarbeiter*innen sind produktiver, motivierter und vor allem zufriedener.

michael.lewisch@wien.gv.at

Gesundheitsfördernde Angebote müssen genutzt werden.

Warenkorb 2023

Grundlage für den Verbraucherpreisindex (VPI)* ist eine repräsentative Auswahl von Waren und Dienstleistungen, die ein durchschnittlicher Haushalt in Österreich kauft – zusammengefasst im **Warenkorb**. Vermögenswerte wie Aktien, Anleihen, Gold und Immobilien sind im Warenkorb nicht enthalten. Seit dem Jahr 2000 wird der Warenkorb und dessen Gewichtung alle fünf Jahre überarbeitet.



***) Der Verbraucherpreisindex (VPI) bildet die Grundlage für die Berechnung der Inflation in Österreich.**

Er misst die Veränderungen der Konsumentenpreise über die Zeit und zählt zu den wichtigsten Indikatoren für Währungspolitik und Wirtschaft. Der VPI wird als nationaler Inflationsmaßstab für Lohn- und Kollektivvertragsverhandlungen sowie als Wertsicherungsindikator zur Anpassung von Verträgen verwendet.

Echt gut!



„Solange die Inflation dermaßen hoch ist, darf es gar keine Erhöhungen geben, was wir also brauchen, ist ein Mietenstopp.“

Angela Pfister, ÖGB-Ökonomin, August 2023 ✓✓

„Es ist höchst an der Zeit, dass die Bundesregierung die Beschäftigten in der Elementarpädagogik endlich ernst nimmt und erfreulich zu sehen, dass der gewerkschaftliche Druck offenbar endlich Wirkung zeigt.“

Korinna Schumann, ÖGB-Vizepräsidentin und -Bundesfrauenvorsitzende, September 2023 ✓✓

„Die SPÖ sei die Partei der Häuslbauer, wer jetzt noch dagegen ist, macht Politik für die Superreichen“.

Andreas Babler, SPÖ-Bundesparteivorsitzender, ✓✓
September 2023

Echt böse!



„Abführen und einsperren ist das einzige vernünftige Mittel, um gegen diese Allianz der Verrückten vorzugehen.“

Udo Landbauer, FPÖ, Landeshauptfrau-Stellvertreter, über Klima-Aktivist*innen, August 2023 ✓✓

„Wir haben es geschafft, die Inflation von 11% im Jänner auf 7,5% im August zu senken.“

Bundeskanzler Karl Nehammer, ÖVP, ✓✓
September 2023



Post aus Brüssel

Mit Demokratie und Transparenz den Anfängen wehren

In Polen sterben Frauen an Sepsis, weil ihnen nach der Abschaffung des Rechts auf Abtreibung ein medizinisch notwendiger Schwangerschaftsabbruch verwehrt wird. Ungarn mit seinen systematischen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit übernimmt Anfang 2024 den EU-Ratsvorsitz. Beides ist alarmierend. Allerdings haben in letzter Zeit radikal rechte und autoritäre Parteien zugelegt, sei es Deutschland, Finnland, Italien, Schweden oder zuletzt Spanien. Aber auch in Österreich. Und überall zeigt sich das gleiche Bild: Erst jammern sie so lange, dass sie „undemokratisch“ ausgegrenzt werden, damit sie mehr öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Dann beginnen sie schrittweise die Institutionen des Rechtsstaats in Frage zu stellen. Im Hintergrund und in sozialen Netzwerken wird massiv gegen jene Stimmung gemacht, die Kritik daran üben, wie jüngst der Fall der beiden Lehrpersonen in Brandenburg zeigt.

Bei der Europawahl im Juni 2024 entscheiden wir EU-Bürger*innen, wie in Zukunft europäische Gesetze aussehen, denn diese entscheiden das Europäische Parlament und die nationalen Regierungen gemeinsam. Wenn sich der Ruck nach rechts auf europäischer Ebene allerdings fortschreibt, müssen die Stimmen der Städte und Regionen, Sozialpartner, vor allem der Gewerkschaften, der Klimaorganisationen und all jener, die sich für Menschenrechte, Frauenrechte, Demokratie, Medienvielfalt und Rechtsstaatlichkeit einsetzen, in Europa noch mehr Gewicht haben. Dafür braucht es eine starke Demokratie und viel mehr Transparenz, denn das ist es, was die Rechten am meisten fürchten.

Michaela Kauer MBA

Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt
Wien in Brüssel



Mag. Wolfgang Fink

Neuer Direktor des Wiener Landtags

Fink studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien. 2001 trat er in den Dienst der Stadt Wien und absolvierte die damals vorgesehene Dienststellenrotation. Von 2003 bis 2007 war Fink als Referent in der MA63 tätig, danach wechselte er in den Geschäftsbereich Recht der Magistratsdirektion. Seit 2008 war er Mitarbeiter im Bereich der unmittelbar dem Magistratsdirektor zugeordneten Einheiten – zunächst in der Gruppe Koordination, ab 2011 auch als Referent und Gruppenleiter-Stellvertreter im „Büro MD“. Seit Juni 2023 ist Wolfgang Fink Wiener Landtagsdirektor, inklusive der Funktion „Compliance Officer im Wiener Landtag“, und Gruppenleiter „Büro MD“.



Erich Schwammenschneider

Neuer Direktor MA 6 - Rechnungs- und Abgabewesen

Der gebürtige Wiener maturierte 1994 in der BHAK Korneuburg. Nach sechs Jahren beim Jägerregiment Wien des Österreichischen Bundesheers trat er 2000 in den Dienst der Stadt Wien ein. Von Beginn an in die MA6 tätig, war er zuerst in der Stadtkasse 16./17. Bezirk. 2002 wechselte Schwammenschneider dann in die Direktion der Abteilung und war in den Fachbereichen „Einbringung & Kundenservice“, „Qualitätsmanagement“ und „Geschäftspartnerservice & Steuerpflichten“ tätig. Seit September 2009 leitete er die Stabstelle Strategie und war auch Digital Officer der MA6. Seit Oktober 2022 war er Abteilungsleiterin-Stellvertreter, seit Juli 2023 ist er nun Abteilungsleiter.



Mag.ª Iris Schnattinger, BA LL. M.

Neue Leiterin des MBA 12 - Magistratisches Bezirksamt Meidling

Iris Schnattinger ist Juristin (Universität Wien) mit Fokus Verfassungs-, Verwaltungs- und Europarecht sowie Politikwissenschaftlerin. Berufsbegleitend absolvierte sie an der renommierten Universität Leiden den Masterlehrgang European Law (LL. M.). 2019 trat Schnattinger in den Dienst der Stadt Wien ein und begann als Rechtsreferentin in der MA40 – Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht. 2021 wurde sie Leiterin der Fachgruppe „Strategische Rechtsangelegenheiten und Legistik Wiener Mindestsicherung“ in der MA40. Anfang September 2023 wurde Iris Schnattinger zur neuen Bezirksamtsleiterin für den 12. Bezirk bestellt.



Mag.ª Ursula Bauer

Neue Gruppenleiterin „Leitungsinstrumente“ der MD-OS

Bauer studierte Geographie, Studienzweig Raumforschung und Raumordnung, an der Universität Wien und an der Universität Panthéon-Sorbonne in Paris. 1993 startete sie bei der Stadt Wien als Mitarbeiterin in der MA57 – Frauenservice, ab 1999 war sie Abteilungsleiterin-Stellvertreterin der MA57. Ab Oktober 2005 war sie als Projektleiterin für die Implementierung von Gender Mainstreaming im Magistrat in der MD-OS, Gruppe Organisation tätig. 2012 wurde Ursula Bauer Leiterin des Dezernats Gender Mainstreaming und Gruppenleiterin-Stellvertreterin der Gruppe Leitungsinstrumente, seit Juli 2023 ist sie nun Gruppenleiterin „Leitungsinstrumente“ der MD-OS.

Das Leben ist teuer geworden, die hohe Inflation spült Milliarden an Mehrwert-, Lohn- und Einkommenssteuer ins Budget.

Alles wieder gut?

Die Politik will uns weismachen, dass mittlerweile wieder alles im Normalbereich ist, es nur da und dort das eine oder andere Problem gibt, sie aber alles im Griff hat, weil sie ohnehin die richtigen Maßnahmen getroffen hat.

Wir leben allerdings in sehr schwierigen Zeiten. Hohe Inflation, steigende Mieten, die Rechnung im Supermarkt wird immer höher. Gerade Familien spüren diese Belastungen am meisten. Durch die Kinder kommt es bei den Eltern oft zu Einkommensverlusten durch die Inanspruchnahme von Karenz oder Teilzeit eines oder beider Elternteile, während die Ausgaben durch mehrere Familienmitglieder logischerweise steigen.

Anfangs versucht man noch mit Ersparnissen das Finanzloch zu stopfen, dann wird der Überziehungsrahmen des Bankkontos strapaziert. Alles nur, um den Schein nach außen zu wahren, den bisherigen Lebensstandard so lange wie möglich aufrecht zu erhalten. Niemand steht gern als Verlierer da.

Doch irgendwann kommt es, wie es kommen muss: Einsparungen werden überlegt. Es wird zum Beispiel billigeres und damit oft weit weniger gesundes Essen für die Familie gekauft, das Ablaufdatum von abgetragenem und den Kindern mittlerweile zu



BILD © PHILIPP SCHUSTER / HGT

**„Familien spüren
die Belastungen
am meisten.“**

kleinem Gewand wird noch einmal verlängert. Am Schulanfang kommen immer öfter Kinder ohne Schultüte, neue Stifte oder vielleicht sogar ohne neue Schultasche in die Klasse. Wenn Ausflüge vom Kindergarten oder der Schule veranstaltet werden, können sich immer mehr Familien die Teilnahme ihres Kindes daran einfach nicht mehr leisten. Immer häufiger erzählen Kinder vom Urlaub auf „Balkonien“ und nicht vom Strand am Meer.

Was früher oft selbstverständlich war, Freizeitaktivitäten oder zusätzliche Fördermaßnahmen, fällt ebenfalls öfter dem Sparstift zum Opfer. Kinder und Jugendliche können nicht mehr mit den Freunden ins Kino, nicht mit ins Fastfood-Lokal, Taschengeld wird zum Fremdwort. Damit werden sie bald zu Außenseitern abgestempelt – ohne ihr eigenes Zutun.

Und das betrifft nun nicht mehr „nur“ die Ärmsten unserer Gesellschaft, sondern diese Situation ist bereits tief im sogenannten Mittelstand zu spüren. Die Politik ist dringend gefordert, endlich die Nöte und Bedürfnisse von Familien ernst zu nehmen und nicht mit finanziellen Einmalpflastern die tiefen Wunden der Betroffenen zu kaschieren.

felix.steiner@fsg-hg1.at

Arthrose: vorbeugen - behandeln - erhalten

Informationsveranstaltung am 12. Oktober



Löblichgasse 14
1090 Wien
T +43 1 31 350-0

Arthrose ist die häufigste Gelenkerkrankung weltweit. Im höheren Lebensalter ist fast jede bzw. jeder Zweite von verschleißbedingten Erkrankungen der Gelenke betroffen!

Bei der Behandlung von Gelenkerkrankungen hat es in den vergangenen Jahren enorme Fortschritte gegeben, speziell beim künstlichen Hüft- und Kniegelenkersatz. Moderne Implantate und Operationsmethoden ermöglichen immer bessere Ergebnisse. Bei Hüftoperationen werden heute Muskeln und Sehnen nicht wie früher durchtrennt, sondern nur zur Seite gedrängt. Diese minimal invasive (muskelschonende) Methode (AMIS-Me-

thode) ist in der Hüftendoprothetik heute Standard, durch dieses schonende Verfahren werden Schmerzen und Blutverlust reduziert. War man früher nach Knie- und Hüftgelenkersatz durchschnittlich zwei Wochen im Spital, kann man heute oft schon nach wenigen Tagen das Krankenhaus verlassen.

Im Bereich des Kniegelenkersatzes können heute durch Individualisierung für jede/n Patient/in das optimale Implantat und Operationsverfahren gefunden werden. Mittels Computertomographie werden ein genaues Abbild des Knochens sowie individuelle Instrumente hergestellt, die eine optimale Positionierung

des Gelenkersatzes ermöglichen. Der/die Chirurg*in kann sich außerdem mit Hilfe einer Computernavigation während der Operation anzeigen lassen, wo und wie der Knochen für die Implantate vorbereitet werden muss.

Optimale Anpassung

Untersuchungen haben gezeigt, dass jeder/jede fünfte Patient*in mit dem Ergebnis dennoch nicht zufrieden ist. Denn bislang wurde meist versucht, das Bein „gerade“ zu machen. Zahlreiche Untersuchungen in den letzten Jahren belegen aber, dass nur die wenigsten Menschen von Natur aus wirklich gerade Beine haben. Im Laufe des Lebens passen sich die Bänder, Sehnen und Muskeln rund um das Kniegelenk an die eigene individuelle Form der Beine an. Wenn bei der Operation das Kniegelenk dann „gerade“ gemacht wird, werden die das Gelenk umgebenden Weichteile dadurch unnatürlich belastet. Das kann bei manchen Patient*innen die beschriebenen Beschwerden verursachen.

Implantate können nun entsprechend der natürlichen individuellen Verhältnisse ausgerichtet werden. Diese Art der Implantatausrichtung – „Individuelles Kinesematisches Alignment“ – wird auch am Endoprothetikzentrum Hera durchgeführt. Erstmals in Wien kommt auch eine neue Operationsmethode dabei zur Anwendung: Der Operateur wird durch künstliche Intelligenz mittels einer Augmented-Reality-Brille bei der Operation unterstützt.

Informationsveranstaltung



Am Donnerstag, 12. Oktober von 15.30 - 19.00 Uhr, präsentiert das Orthopädische Zentrum des Sanatorium Hera im Van Swieten-Saal der MedUni Wien, 1090, Van Swieten-Gasse 1a, die neuesten Erkenntnisse zur Behandlung von Arthrose - mit ausreichend Möglichkeiten für Ihre Fragen an die Expert*innen.

Um Anmeldung wird gebeten

per E-Mail: anmeldung@sanatoriumhera.at
telefonisch: 01 31 350-45 474 (Mo- Fr 8.00 bis 15.00 Uhr)

Details unter: www.sanatoriumhera.at/Arthrose-Infoveranstaltung

Prim. Priv.-Doz. Dr. Bernd Kubista MSc

Innovatives Peer-System zur psychologischen Betreuung

Für die Berufsfeuerwehr Wien ist die psychische Gesundheit ihrer Einsatzkräfte entscheidend, um die volle Einsatzfähigkeit der Mannschaften zu erhalten.

Nach belastenden Einsätzen, wie z. B. nach Suiziden, der Bergung toter Menschen oder Bränden mit Todesfolge, besteht die Gefahr, eine posttraumatische Belastungsstörung oder eine andere psychische Erkrankung zu entwickeln. Eine Möglichkeit, die psychische Gesundheit der Einsatzkräfte zu stärken, ist das Peer-System. Dieses basiert auf dem Konzept, dass Einsatzkräfte bei der Verarbeitung des Erlebten besser von Kolleg*innen unterstützt werden können, die bereits ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Im Zentrum steht das Verständnis für spezifische Einsatzerfahrungen und die Kolleg*innenhilfe. Peers sind speziell ausgebildete Mitarbeiter*innen, die mit den Kolleg*innen belastende Einsätze nachbesprechen und bei Bedarf auf professionelle Hilfe verweisen.

Erste Anlaufstelle

Das Arbeitsmedizinische Zentrum der KFA (AMZ) hat gemeinsam mit der Berufsfeuerwehr Wien erstmalig ein Peer-System ins Leben gerufen. In einer neuntägigen Ausbildung wurden 23 Feuerwehrmänner zu Peers ausgebildet, die ab jetzt ihre Mannschaften nach belastenden Einsätzen unterstützen. Bereits vor und während der Schulung wurden die notwendigen strukturellen Voraussetzungen geschaffen, an einer praxistauglichen Eingliederung gearbeitet sowie ein Peer-Handbuch verfasst. Rund



Das erfolgreiche Ende der Peer-Ausbildung wurde am 18. April gemeinsam mit Branddirektor DI Mario Rauch, AMZ-Direktorin Dr.ⁱⁿ Evelyn Wohlschläger-Krenn (beide Bildmitte) und den Absolventen gefeiert

um die Uhr steht nun mindestens ein ausgebildeter Peer zur Unterstützung der Feuerwehrleute zur Verfügung.

In der Ausbildung haben die Peers gelernt, wie man auf Kolleg*innen zugeht, welche Gesprächstechniken sinnvoll sind und welche weiterführende Unterstützung angeboten werden kann. Dabei stellt das Peer-System eine Ergänzung zur professionellen psychologischen Hilfe dar und wird von diesem auch klar abgegrenzt. Die Peers sind die erste Anlaufstelle für die psychosoziale Versorgung nach belastenden Einsätzen. Sie stehen im engen Austausch mit der fachlichen Leitung

des AMZ und der/dem externen Notfallpsychologin/en.

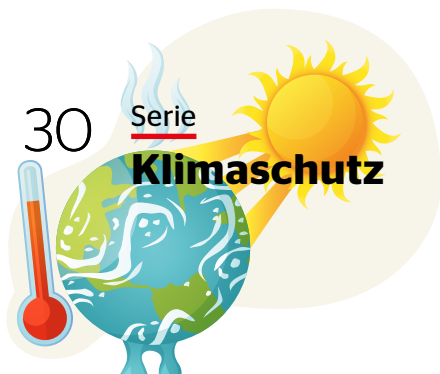
Nachweisliche Erfolge

Die Evaluierung der Ausbildung durch das AMZ zeigt bereits eine signifikante Verbesserung der Bewältigungsfähigkeiten bei den Kursteilnehmer*innen nach schwierigen Situationen. Um die erfolgreiche Etablierung weiter zu dokumentieren, wird das Peer-System durch das AMZ wissenschaftlich begleitet. Mit dieser innovativen Maßnahme wurde ein wichtiger Schritt gesetzt, um die psychische Gesundheit der Wiener Feuerwehr zu erhalten.

Mag. Kristian Gröbl



Hermannngasse 24-26
1070 Wien
T +43 1 4000-45693



Wien baut aufs **Klima**

Bis 2040 soll Wien klimaneutral sein, dafür schafft die Stadt schon heute die Rahmenbedingungen. Die Wiener Bauordnung wird derzeit novelliert. Sie regelt, wer was wie wo bauen und sanieren darf.

Mit der Überarbeitung setzen wir einen wichtigen Schritt in Richtung Klimaneutralität. Die umfassende Erweiterung der Bauordnung in Sachen Klimaschutz und Klimawandelanpassung fußt auf einem breit aufgestellten Prozess, in dem die Vorschläge und Expertisen magistratsinterner und -externer Fachleute berücksichtigt wurden“, betont Cornelia Klugsberger, Leiterin der Gruppe Baurecht in der MA 64, die die Novelle magistratsintern koordiniert.

Klimaneutral und klimaangepasst

2022 wurden im Wiener Gemeinderat die Smart Klima City Strategie und der Wiener Klimafahrplan



Die positiven kleinklimatischen Auswirkungen von Fassadenbegrünungen sind seit langem bekannt

beschlossen. Sie enthalten Hebel, um Klimaziele zu erreichen; diese werden in der Bauordnung nun regulativ verankert:

■ **Klimaschutz**

Die meisten Emissionen verursachen Mobilität, Gebäude und Energie. Die Bauordnungsnovelle sieht ein Zonenmodell für die Stellplatz-Verpflichtung vor, um Parkplätze in gut angebundenen Gebieten zu reduzieren. Thermisch-energetische Sanierungen von Bestandsgebäuden werden erleichtert. Eine erweiterte Verpflichtung von Photovoltaik ist geplant.

■ **Klimawandelanpassung**

Schon jetzt spüren Wiener*innen die Folgen des Klimawandels – es wird immer heißer. Pflanzen verbessern das Mikroklima. Die Novelle erleichtert Begrünungen auf Dächern und Fassaden und sorgt für mehr Bäume und Entsiegelung.

■ **Kreislaufwirtschaft**

Das Bauwesen benötigt viel Material. Daher werden Regeln beim Erhalt von Bestandsgebäuden strenger und Ressourcenschonung als übergeordnetes Ziel der Stadtplanung verankert.

■ **Gestaltung einer lebenswerten Zukunft**

Bis Ende des Jahres soll die Novelle der Bauordnung im Gemeinderat beschlossen werden. Klimadirektor Andreas Januskovec über die Tragweite: „Mit der Bauordnungsnovelle zeigt sich: Die Stadt Wien redet nicht nur, sondern tut auch. Bundesvorgaben für Klimaschutz, die dringend notwendig wären, um noch gezieltere Klima-Maßnahmen zu setzen, fehlen leider.“ Die Stadt Wien schafft bald weitere rechtliche Rahmenbedingungen für eine lebenswerte Zukunft: Am Entwurf eines Wiener Klimagesetzes wird intensiv gearbeitet.

Annina Bottesch

**Wiener Bauordnungsnovelle:
mehr Bäume, weniger Parkplätze.**

Wohlfühlklima? Wandelt sich das Klima, oder doch nur das Wetter?

Das (Welt)Klima ist ein komplexes Gebilde, seine Erforschung längst nicht abgeschlossen. Die falsche Verwendung der Begriffe Klima, Witterung und Wetter macht es erst richtig kompliziert.

Klimawandel, Klimawende, Klimaneutralität, Klimabewusstsein, Klimaangst, Klimagerechtigkeit, Klimaflüchtling, Klimaleugner, Klimahysterie – kein anderes Wort ist in den Medien gegenwärtiger als „Klima“. Hier ein kurzer Überblick der wichtigsten Begriffe.

Der wichtigste Unterschied zwischen Wetter, Witterung und Klima wird durch den Betrachtungszeitraum verständlich: Wetter passiert im Moment. Der über mehrere Tage bis einige Monate vorherrschende Wettercharakter heißt Witterung. Beides kann von jedem unmittelbar erlebt werden. Klima dagegen umfasst Zeiträume von Jahrzehnten, Jahrhunderten oder gar Jahrtausenden und kann vom Menschen nur bedingt beobachtet werden. Dazu braucht es die Meteorologie, die sich unterschiedlichster Methoden bedient, um aus der Vergangenheit stichhaltige Klimamodelle für die Zukunft zu entwickeln.

Kleines Klimalexikon in loser Reihenfolge:

Wetter

Zusammensetzung der Wetterelemente an einem bestimmten Ort zu einem bestimmten Zeitpunkt (solange bis sich das Wetter ändert); z. B. Wind, Sturm, Regen oder Schnee.

Witterung

Zusammensetzung der Wetterelemente an einem bestimmten Ort über einen Zeitraum von mehreren Tagen bis zu einer Woche, in der das Wetter etwa gleichbleibt; z. B. warme, feuchte oder kühle Witterung.

Klima

Durchschnittliche Witterungsverhältnisse über Jahre, Jahrzehnte und Jahrhunderte; z. B. die Durchschnittstemperatur in Deutschland.

Klimamodelle

Computergenerierte Modelle, die auf Grund umfangreicher Daten die Entwicklung des zukünftigen Klimas auf Basis verschiedenster Annahmen berechnen.

Klimageschichte

Beschreibt den Ablauf von Wetter- und Klimageschehnissen in der Vergangenheit über Jahrzehnte oder mehrere Millionen Jahre. Eisbohrkerne oder Moore etwa sind gute Datenlieferanten.

100-jähriges Wetterereignis

Ein statistisch gesehen nur alle 100 Jahre auftretendes Ereignis, das mit dem Eintreten eines neuen Extremereignisses neu berechnet wird.

Geoengineering

Technische Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, etwa mittels Aerosolpartikeln in der Stratosphäre oder unterirdischen CO₂-Lagerstätten; gilt als umstritten.

Klimaneutralität

Tritt dann ein, wenn ein Gleichgewicht zwischen Kohlenstoffemissionen und der Aufnahme von Kohlenstoff aus der Atmosphäre in Kohlenstoffsinken hergestellt wird; z. B. bei diversen Produkten.

Dekarbonisierung

Abkehr von Kohlenstoff in der Produktion.

Ökologischer Fußabdruck

Indikator für Nachhaltigkeit, misst den Ressourcenverbrauch eines Landes, eines Unternehmens, eines Produkts oder einer einzelnen Person.

Mikroklima

Darunter versteht man einerseits die klimatischen Bedingungen in Bodennähe und zum anderen das Klima, welches in einem kleinen, genau definierten Bereich vorherrscht. Etwa auf einem Feld, in einem Park, einer Straße oder dem Platz zwischen zwei Gebäuden. Die Menschen sowie die meisten Tiere und Pflanzen haben ihren Lebensraum im mikroklimatischen Bereich.

Städtische Wärmeinsel

Ein städtisches Gebiet, das aufgrund menschlicher Aktivitäten deutlich wärmer ist als sein Umland.

Treibhauseffekt

Entsteht durch verschiedene Gase in der (Erd-)Atmosphäre. Wichtigste sind Wasserdampf und eine Reihe von Spurengasen. Ohne diese wäre auf der Erde kein Leben möglich.

Treibhausgase

Diese tragen zum Treibhauseffekt und damit zur Erderwärmung bei. Den größten Anteil anthropogen verursachter Treibhausgase hat dabei Kohlendioxid.

Welterschöpfungstag

Gibt an, wann die ökologischen Ressourcen eines Jahres für ein Land aufgebraucht sind.

gerhard.pledl@wien.gv.at

SELBST- VERTEIDIGUNGS- KURS 2023

KSV, RUSTENSCHACHERALLEE 3, 1020 WIEN

INHALTE IN THEORIE UND PRAXIS SIND UNTER ANDEREM:

- Deeskalationstechniken
- Abwehrtechniken
- Selbstverteidigung mit Mitteln aus dem täglichen Gebrauch
- Verhaltensregeln in Stresssituationen

FOLGENDE TERMINE STEHEN ZUR VERFÜGUNG:

6 KURSTAGE NUR FÜR FRAUEN:

Mo 18.9., Mi 20.9., Mo 25.9., Mi 27.9.,
Mo 2.10. und Mi 4.10. - 16.30 bis 18.00 Uhr

6 KURSTAGE FÜR ALLE:

Mo 18.9., Mi 20.9., Mo 25.9., Mi 27.9.,
Mo 2.10. und Mi 4.10. - 18.30 bis 20.00 Uhr

4 KURSTAGE NUR FÜR FRAUEN:

Mo 13.11., Mi 15.11., Mo 20.11. und
Mi 22.11. - 16.00 bis 18.15 Uhr

4 KURSTAGE FÜR ALLE:

Mo 13.11., Mi 15.11., Mo 20.11. und
Mi 22.11. - 18.30 bis 20.45 Uhr



KOSTEN JE KURS:

€ 150,- pro Person

€ 75,- pro Person für younion-HG 1-Gewerkschaftsmitglieder

www.hg1.at

Anmeldeformular zum downloaden und weitere Informationen finden Sie unter www.hg1.at.
Die Teilnehmer*innenanzahl ist begrenzt!

younion
Die Daseinsgewerkschaft

Hauptgruppe 1

„Der Präsident“**Anton Benya**

Anton Benya wird 1912 als drittes von vier Kindern des Bäckers Stefan Benya und dessen Gattin Rosina in Penzing geboren. Er besucht ab 1918 die Volks- und ab 1923 die Bürgerschule in Wien und absolviert ab 1927 eine Lehre zum Elektromechaniker. Bereits früh engagiert er sich in der Gewerkschaft. Er wird zum Jugendvertrauensmann gewählt und übernimmt die Rolle des Schriftführers in der Lehrlingssektion der Metallarbeiter-Gewerkschaft. Im Jahr 1931 schließt er sich der Sozialdemokratie an und ist in den Freien Gewerkschaften aktiv.

Wegen seines politisch-gewerkschaftlichen Engagements wird er in den Jahren des Austrofaschismus zwischen 1934 und 1937 zweimal inhaftiert. Ab 1933 ist er Betriebsrat bei der Firma Ingelen, bei der er von 1930 bis 1948 beschäftigt war. Aufgrund seiner Tätigkeit in einem kriegswichtigen Produktionsbetrieb wird er im Zweiten Weltkrieg nicht zur Wehrmacht einberufen. Im Mai 1935 heiratet er Hildegard Bierbaumer. Die Ehe bleibt kinderlos.

1945 wird Benya bei der Firma Ingelen zum Vorsitzenden des Betriebsrats gewählt, zwei Jahre später zum Mitglied im Zentralvorstand der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter. Er bekleidet in weiterer Folge zahlreiche Funktionen innerhalb des ÖGB, ehe er 1963 zum Präsidenten gewählt



„Keine Ho-Ruck-Politik, keine Blitzsiege, keine Niederwerfung des Gegners, sondern langsame, systematische Anpassung, Schritt für Schritt.“

Anton Benya

wird. Ein Amt, das er bis 1987 bekleidet. Neben seinem gewerkschaftlichen Engagement gehört er 30 Jahre lang dem Nationalrat an (1956 bis 1986) und ist zwischen 1971 und 1986 Nationalratspräsident.

Er zählt in der Ära Kreisky zweifellos zu den einflussreichsten Politikern Österreichs. Benya gilt als konsensorientiert, bodenständig und humorvoll. Gemeinsam mit Wirtschaftskammer-Präsident Rudolf Sallinger hat er die Sozialpartnerschaft in Österreich institutionell stark verankert. Mit der nach ihm benannten „Benya-Formel“ – „Lohnerhöhung = Abgeltung der Inflation + Anteil am Produktivitätszuwachs“ – schafft er eine wichtige Grundlage für die Gehaltsverhandlungen der Gewerkschaften bis heute. Die Höhe des Lohnabschlusses soll sich demnach an der Abgeltung der Inflation und an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung orientieren.

Benya lebt zeit seines Lebens in bescheidenen Verhältnissen. Privat pflegt er eine große Leidenschaft für den SK Rapid Wien. Von 1990 bis 1993 ist er Präsident des Vereins, später Ehrenpräsident. Am 5. Dezember 2001 stirbt Benya 89-jährig in Wien. Aufgrund seiner zahlreichen Präsidenschaften (ÖGB, Nationalrat, SK Rapid Wien) hat er auch den Beinamen „der Präsident“ getragen.

Herzlich willkommen im neuen HG 1-Büro!

Im Mai ist die Hauptgruppe 1 in die Modecenterstraße 14 im 3. Bezirk übersiedelt. Das neue Büro ist mit der U3, Station Gasometer, günstig erreichbar und bietet für alle Ihre Ansprechpartner*innen ausreichend Platz auf einer Ebene – drei kleinere Besprechungsräume und ein großer Sitzungssaal stehen dem HG 1-Team und den Dienststellenausschüssen für die Abstimmung der Vertretungsarbeit zur Verfügung. Ausgestattet mit moderner Präsentationstechnik ist die HG 1 auch für die bevorstehenden Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahlen bestens gerüstet.



BILD: © PHILIPPSCHÜSTER/HG 1

Freundlicher Empfang wird in der HG 1 großgeschrieben. Sabine Schuh ist immer gerne behilflich, damit Sie im neuen Büro den Weg zu Ihrer*m Ansprechpartner*in finden.

Mehr Platz für Ihre Beratung bieten die Büros der Referent*innen. Kaffee oder Tee gibt es natürlich auch – nicht nur bei Margit Pollak und Charlotte Joch ... :)



BILD: © PHILIPPSCHÜSTER/HG 1



Mitgliederwerbung ist unersetzlich, um Interessen schlagkräftig vertreten zu können. Das Team Mitgliederwerbung - im Bild Daniel Granögger - hat darum eines der größeren Büros in der Modecenterstraße bezogen.

BILD: © PHILIPPSCHUSTER/HG1



BILD: © PHILIPPSCHUSTER/HG1

HG1-Vorsitzendem Manfred Obermüller war es wichtig, dass sich die Kolleg*innen bei der Gestaltung des eigenen Büros einbringen. Denn die HG1 kämpft nicht nur für ein gutes Arbeitsklima in den Dienststellen - auch das HG1-Team soll jeden Tag wieder gern ins Büro kommen.



BILD: © PHILIPPSCHUSTER/HG1

Die neuen höhenverstellbaren Tische haben den Vorteil, dass Besprechungen nicht immer nur im Sitzen stattfinden. Meetings im Stehen fördern die Kreativität und die gute Laune, wie Michael Lewisch, Claudia Hanappi, Dominik Hoffmann und Nikolaus Borbely gerne bestätigen.

**Neuer Standort, bewährte Qualität:
 Der Umzug bringt Vorteile für Sie
 und die HG1-Kolleg*innen!**

Inhalt

Politik & Gewerkschaft

- 04 **Europa**
Österreichischer
Gewerkschafter neuer
EWSA-Präsident
- 05 **Leitartikel**
Kein Platz für Hetze
in Österreich!

Hauptgruppe 1

- 14 **Berufsrettung**
Beschimpft, bedroht, verletzt -
Aggression im Rettungsalltag
- 17 **MA 6**
Digitalisierung - Chancen und
neue Perspektiven
- 18 **Sie fragen - wir antworten**
Welche Erweiterungen der
Pflegereinstellung wurden
erreicht?

Gewerkschaft

- 20 **Jugend**
KI: zwischen Hype, Ängsten und
Selbstbehauptung
- 21 **Frauen**
Verkürzung der Elternkarenz
- 22 **Behinderung**
Nicht sichtbare Behinderung
bzw. Erkrankung im Alltag

Gesund & Leben

- 28 **Sanatorium HERA**
Arthrose: vorbeugen -
behandeln - erhalten
- 29 **AMZ der KFA**
Innovatives Peer-System zur
psychologischen Betreuung
- 30 **Klimaschutz**
Wien baut aufs Klima



8

„Verantwortung in der Politik heißt hinschauen und handeln!“, betont Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál im Gespräch mit Karin Zauner-Lohmeyer und Manfred Obermüller

BILD: © MICHAELA BRUCKBERGER/HGT



19

Volle Fahrt voraus - die Projektteams Jobticket und Essenszuschuss NEU haben ihre Arbeit aufgenommen

BILDER © PIVNOTOVA



11

Arbeitsverweigerung mit „schwarzem Humor“

teamwork

youunion - HG 1, Modecenterstraße 14, Block C, 5. Stock, 1030 Wien

Österreichische Post AG
SM 02Z030516 S